Merseburger Tageblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährlich Mk. 12.— monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen Mk. 9.30 bzw. 3.10 ohne Bestellgeld, bei Abholung von der Expedition Mk. 11.70 bzw. 3.90. Einzelnummer 20 Pf. Erscheint 6 mal wöchentlich nachmittags. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort: Merseburg. — Fernruf 100. — Geschäftsstelle: Hälterstraße 4.

Unparteiische

Anzeigenpreis für den 6 gespaltenen Millimeter Satzhöhe 30 Pfg. — Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklame-Millimeter Mk. 1.—, Ziffergebühr und Porto extra. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, für umfangreiche Anzeigen 6 Uhr abends des vorhergehenden Tages.

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden.

Nr. 85. Sonnabend, den 24. April 1920. 160. Jahrgang.

Tageschronik

Frhr. v. Wilmowski zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen wiedergewählt.

Einladung der deutschen Regierung nach San Remo?

Wilson rückt weiter ab.

Das deutsch-holländische Kreditabkommen vor dem Abschluß.

Aegyptischer Protest gegen das englische Protektorat.

Revolution in Jugoslawien?

Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten.

Das Wahlgesetz in der Nationalversammlung.

Die Konferenz von San Remo.

Einladung der deutschen Reichsregierung?

Wie der Sonderberichterstatter des „Matin" meldet, haben Nitti und Lloyd George dem Ministerpräsidenten Millerand den Gedanken nahegelegt, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Konferenz von San Remo einzuladen. Beide hätten sogar die Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers für wünschenswert erklärt, um die zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem ehemaligen Feinde in sachlicher, umfassender Weise zu besprechen. Der Korrespondent bemerkt dazu, man könne sich die Wirkung dieses Vorschlages auf Millerand leicht vorstellen.

Nitti, Lloyd George und Deutschland.

Der Korespondent des Pariser „Joural" teilt mit, Lloyd George und Nitti hätten sich vor der Konferenz in San Remo mit folgendem Programm geeinigt:

Die Entwaffnung Deutschlands wird gefordert unter Androhung der Wirtschaftsblockade. Zugleich wird eine Politik der Annäherung eingeleitet, wenn notwendig vermittelst einer neuen Konferenz mit Deutschland, was einer Revision des Versailler Vertrages und dem Wiederaufbau Deutschlands mit Unterstützung der Alliierten gleich käme. Die Frage der Wiedergutmachung würde bei dieser Gelegenheit oder dann eventuell später verhandelt werden.

Die Truppen in der neutralen Zone.

In einer der Friedenskommission in Paris überreichten deutschen Note wird darauf hingewiesen, daß infolge der bis 21. April durchgeführten Verminderung die Kopfstärke der Truppen in der 50-Kilometer-Zone die zulässige Zahl nicht mehr übersteige und nur die Zahl der Verbände um 10½ Infanteriebataillone und 10 Batterien höher sei. Die weitere Verminderung der Verbände sei im gegenwärtigen Augenblick nicht angängig. Die Regierung rechne zwar damit, südlich der Ruhr ohne gewaltsames Einschreiten zu geordneten Zuständen zu kommen; sie müsse aber darauf hinweisen, wie wichtig es ist, für die Ruhe, Sicherheit und Ordnung in dem Gebiete einstehen zu können, das den Kern des deutschen industriellen Lebens bildet.

* * *

Das türkische Problem.

San Remo, 21. April. Die militärischen Sachverständigen forderten für die Durchsetzung des türkischen Friedensvertrages 30 Divisionen. Da keine europäische Macht solche Verpflichtung übernehmen kann, dürfte die griechische und armenische Waffenhilfe angenommen werden. Das bedeutet Entwaffnung der Türken und Bewaffnung der Nicht-Türken. Ueber die Folgen scheint man sich in Konferenzkreisen klar zu sein. Das Requisitionsrecht der Besatzungsarmee wird auf das Nötigste beschränkt. Venizelos soll bereits 180 000 Mann gegen die türkischen Nationalisten aufgeboten haben.

London, 22. April. **Armenien wird sich von der russischen Grenze bis Swan ausdehnen und darf Trapezunt besetzen, das unter interallierter Kontrolle türkisch bleibt. Der Völkerbund übernimmt das Mandat über Armenien. Da das Statut aber dem Bunde die Machtmittel zur Ausübung der Fremdherrschaft nicht gibt, wird Amerika Armenien finanziell unterstützen und sich einverstanden erklären, daß Mandat einem kleinen Staate zu geben. Kurdistan wird Batum als Hafen erhalten. Die türkischen Staatsschulden werden unter Kontrolle einer gemischten französisch-englisch-italienischen Kommission gestellt.**

Aegyptens Protest gegen das englische Protektorat.

San Remo, 22. April. Gestern abend traf Abdel Latif Mikka Bei in San Remo ein, um als Abgeordneter der ägyptischen Legislative den Protest seiner Landsleute gegen die Klausel im türkischen Friedensvertrag zu überreichen, die Aegypten unter englisches Protektorat stellt. Die Türkei, sagt er, besitze kein Recht über Aegypten, da Aegypten zu Beginn des Krieges seine Unabhängigkeit erklärt habe. England teilte damals den Mächten mit, daß es den Schutz und nicht das Protektorat über Aegypten annehme.

Eine Konferenz der Staatsoberhäupter.

Gemeinsame Bekämpfung des Bolschewismus.

Die Pariser „Information" meldet aus Rom: Während der Konferenz in San Remo wird eine Zusammenkunft des italienischen Königs mit dem französischen Präsidenten Deschanel und dem König von Schweden stattfinden, an der auch Lloyd George und die Generalstabschefs von England, Frankreich und Italien teilnehmen werden. Die Londoner Presse berichtet, daß in englischen Regierungskreisen versichert werde, die Konferenz werde auch über einen Plan zur gemeinschaftlichen Bekämpfung des Bolschewismus beraten.

Die „Kriegsverbrecher".

Französische Sonderwünsche.

Laut „Daily Mail" fordert Frankreich in einer Separatnote an Deutschland die Bestrafung von 11 Kommandanten von Kriegsgefangenenlagern wegen Mißhandlung von Kriegsgefangenen mit Todesfolge. Weiter habe der französische Justizminister der Entlassung der wegen Verbrechen in französischen Gefängnissen zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen nicht zugestimmt. Der letzte Kriegsgefangenen-Transport aus Frankreich hat in der Nacht zum Sonntag die Grenze passiert.

Beschleunigte Aburteilung gefordert.

Das Pariser „Journal" meldet", daß die Justizkommission der Alliierten zur Aburteilung der Kriegsverbrecher sich für eine Beschleunigung des von Deutschland einzuleitenden Strafverfahrens einstimmig ausgesprochen habe. Eine neue Note an Deutschland steht in Aussicht.

Das deutsch-holländische Kreditabkommen.

Fleisch und Speck für Deutschland.

Haag, 22. April. Gestern wurde bekannt, daß in Rotterdam sehr erhebliche Vorräte an Fleisch und Speck im Werte von mehreren Millionen an die deutsche Regierung verkauft wurden. Die Besprechungen über den 25 Millionen Gulden-Vorschuß an Deutschland sind abgeschlossen. Unterzeichnung und Ratifikation des Abkommens sind nur noch eine Formfrage.

In der holländischen zweiten Kammer ist eine Denkschrift der Regierung eingegangen betr. des mit Deutschland abgeschlossenen Abkommens über die Gewährung eines Kredits von 200 Millionen Gulden und Versorgung Hollands mit Steinkohlen und ähnlichen Erzeugnissen.

Die Polengefahr in Oberschlesien.

Die „Schles. Ztg." veröffentlicht einen Befehl des Komitees zum Schutze Schlesiens, vom 20. März, das beweist, daß unter Leitung von Konfenty weitestgehende Vorbereitungen für einen polnischen Aufruhr getroffen wurden. Darin heißt es:

Das Hauptkommando hat mit der Neuaufstellung einer neuen Militärorganisation für Schlesien sofort zu beginnen ... Es naht die Zeit, wo die Organisation von unserer Arbeit Zeugnis ablegen wird, wenn wir die aufdringlichen Deutschen heraustreiben werden aus unserem polnischen Lande und an die Stelle der Sicherheitswehr polnische Volkswehr treten wird.

Englische Flottenverstärkung in der Ostsee.

Im englischen Unterhause erklärte Marineminister Long auf eine Anfrage, es bestehe die Absicht, einige weitere Schiffe in der Ostsee zu stationieren, teils um die englische Flagge zu zeigen, teils um die Verbindung mit den britischen Missionen im Abstimmungsgebiet aufrechtzuerhalten.

Die Revolutionsfurcht der Entente.

Die diplomatischen Vertreter der alliierten Regierungen haben bekanntlich gemeinsam der deutschen Regierung eine Erklärung überreicht, nach welcher die alliierten Mächte eine deutsche Regierung, die nicht geneigt sein würde, den Friedensvertrag loyal auszuführen, in keiner Weise dulden könnten. Jede Wiederkehr einer revolutionären Bewegung ebenso wie jeder Wiederausbruch von Unruhen, würde nur das eine Ergebnis haben, die Maßnahmen zur Begünstigung des wirtschaftlichen Aufbaus und der Verpflegung Deutschlands zu verzögern oder sogar unmöglich zu machen, während andererseits die alliierten Regierungen versprochen haben, derartige Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Dieser Schritt der alliierten Regierungen erinnert an das Vorgehen Napoleons I. vor über 100 Jahren, das bekanntlich den preußischen König zwang, den Major von Schill als Hochverräter zu bezeichnen, weil er über den Kopf des preußischen Königs hinweg einen neuen Befreiungskrieg gegen Frankreich ins Werk setzen wollte. Die in der Erklärung der alliierten Mächte ausgesprochenen Drohungen weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Entente befürchtet, eine durch einen revolutionären Umsturz ans Ruder gelangende deutsche Regierung könnte die Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht anerkennen. Da die sich auf die Verfassung stützende deutsche Regierung den Friedensvertrag unbedingt respektieren muß, genießt sie die Begünstigung der Entente, die etwa so denkt, wie ein Wucherer, der Furcht hat, sein Opfer könnte ermordet und ausgeraubt werden. Im übrigen aber muß betont werden, daß die Erklärungen der alliierten Regierungen doch unter keinen Umständen an die Adresse der Reichsregierung gerichtet sein können, die doch keinesfalls einen Umsturz gegen sich selbst inszenieren würde. Vielmehr soll an das deutsche Volk eine Drohung ergehen, die ihm auferlegt, sich ruhig zu verhalten, da sonst die Entente die Absicht hätte, ihrerseits die Hungerpeitsche zu schwingen.

Die Entente darf eigentlich für sich nicht das Recht in Anspruch nehmen, zu behaupten, daß sie die Heiligkeit der Staatsautorität in einem anderen Lande respektiert. Hat sie doch selbst während des Krieges die offene und versteckte Aufforderung an das deutsche Volk gerichtet, die kaiserliche Regierung zu stürzen. Es ist doch allgemein bekannt, daß englische und französische Regierungsäußerungen direkt zur Revolution aufgefordert haben, indem sie betonten, daß der Krieg sich nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen den deutschen Militarismus richte, den das deutsche Volk niederwerfen solle, um den Frieden zu erhalten. Schließlich war es doch auch England, das den Sturz des Zarismus in Rußland herbeiführte und später ebenfalls wieder die russische Gegenrevolution unterstützte. Diese Tatsachen beweisen, daß die Alliierten nur den Zweck verfolgen, ihre Machtgelüste auf möglichst bequeme Weise zu erfüllen. Die Abfassung der Erklärung der Alliierten ist aber sehr geschickt, so daß der gemeine Mann gar nicht den Eindruck bekommt, als ob sie sich unberechtigterweise in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen wollten. Da heißt es, daß man eine Regierung, die nicht geneigt sein würde, den Friedensvertrag loyal auszuführen, in keiner Weise dulden könnte. Wenn also durch eine Revolution eine neue Regierung kommt, die den Friedensvertrag voll anerkennt, so wäre die Entente nicht in der Lage, gegen eine solche Regierung etwas zu unternehmen, zumal es ihr wirklich gleichgültig sein kann, was für eine Regierung in Deutschland den Friedensvertrag erfüllt. Des weiteren heißt es in der Erklärung der Alliierten, man werde im Falle des Ausbruches neuer Unruhen nicht in der Lage sein, den deutschen wirtschaftlichen Wiederaufbau durch in Erwägung zu ziehende Beihilfen zu unterstützen. Auch das ist entschieden korrekt ausgedrückt, weil ein durch innere Unruhen zerrüttetes Land nicht als kreditfähig angesehen werden kann. Daher wäre es das volle Recht der Entente, Deutschland Kreditbeihilfen zu entziehen, wenn es ihm wegen seiner inneren Unruhen nicht vertrauenswürdig erscheint. Allein die Absichten der Alliierten sind nicht ganz so korrekt wie die Abfassung ihrer Erklärung. Es ist lächerlich, eine derartige Mahnung an die deutsche Regierung zu richten, wenn man sie durch systematische Wehrlosmachung inneren Unruhen geradezu ausliefert. Man kann doch nicht von jemandem, dem man das Schuhzeug abnimmt, verlangen, daß er die Gewähr dafür übernimmt, stets trockene Füße zu behalten. Die Reichsregierung kann daher mit der Erklärung der Alliierten nicht viel anfangen, denn es steht nicht in ihrer Macht, die Putschisten durch gütiges und sanftes Zureden von ihren gewalttätigen Absichten abzubringen. Sie konnte wohl durch die Aufstellung einer starken Wehrmacht alle Versuche, die Ruhe des Landes zu stören, im Keime ersticken, aber dazu nimmt ihr ja die Entente die Möglichkeit, indem sie die völlige Entwaffnung verlangt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200424-10/fragment/page=0001

Die Revolutionsfurcht der Entente dürfte sich übrigens weniger gegen rechts als gegen links richten. Die Regierung Kapp wäre ihr nämlich kaum gefährlich geworden, weil sie den Friedensvertrag von vornherein anerkennen wollte. Viel gefährlicher ist für die Entente eine bolschewistische Revolution in Deutschland. Eine solche würde den Friedensvertrag von Versailles selbstverständlich tatsächlich zunichte machen, indem sie einerseits alle Wirtschaftswerte und damit jede Zahlungsfähigkeit Deutschlands vernichtet, andererseits zur Weltrevolution aufruft und in den Arbeitermassen der Ententeländer gärende bolschewistische Instinkte aufrüttelt. Die Entente hat während ihres Krieges mit Sowjet-Rußland erfahren, daß es nicht so einfach ist, ihre Soldaten gegen ein revolutionäres Land in den Krieg zu schicken. Die Meuterei der französischen Schwarzmeerflotte war ein harter Schlag für Frankreich und die jetzt beim französischen Militär wegen der Zurückbehaltung des Jahrganges 1918 bestehende Unruhe würde einer bolschewistischen Welle vorzüglich gelegen kommen. Um nun einen starken Druck auf Deutschland auszuüben, wird mit der Hungerpeitsche gedroht. Mag das im Augenblick vielleicht auch nicht seine Wirkung verfehlen, für die Dauer ist das Mittel doch zu schlecht. Die Knebelung Deutschlands führt das deutsche Volk immer mehr zur Verelendung, so daß das schwerleidende deutsche Volk immer mehr dem Gedanken eines Verzweiflungsaktes ausgesetzt ist. Ein solcher Verzweiflungsakt wäre ein deutscher Bolschewismus. Hat die Entente ganz vergessen, was seinerzeit in Ungarn vorging, wo der Bolschewismus weiter nichts als der Auftakt für eine nationale Erhebung war? Wenn es schließlich auch gelang, den Bolschewismus in Ungarn dadurch niederzuwerfen, daß man die Rumänen gegen das kleine schwache Land vormarschieren ließ, so zweifeln wir doch ernsthaft daran, daß das ebenso leicht Deutschland gegenüber möglich sein würde, weil es immerhin einen stärkeren und schlagfertigeren Bolschewismus aufrichten kann, als das kleine Magyarenvölkchen, dem ohnehin eine großangelegte sozialistische Bewegung fremd ist!

Der Länderraub von Monschau.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, bestätigt sich die Nachricht, daß Belgien beabsichtigt, noch weitere Teile des Kreises Monschau an sich zu reißen. Die belgische Regierung hat erklärt, daß die Bahnstrecke, die den Kreis durchzieht, als Grenze ungeeignet wäre und gefordert, die Grenzlinie östlich der Bahn zu verlegen. Sie scheint dabei vor allem von der Absicht geleitet zu sein, den Truppenübungsplatz Elsenborn und eine innerhalb des von ihr geforderten Gebietes liegende Forst im Werte von 50 Millionen Mark an sich zu reißen.

Vor einem Umsturz in Jugoslawien?

Den englischen Blättern wird aus Belgrad gemeldet, daß ein großer Generalstreik mit politischer und revolutionärer Tendenz seit mehreren Tagen unter allen Arbeitern in ganz Jugoslawien herrscht. Die Arbeiter verlangen die sofortige Abdankung des Königs Peter, die Proklamierung der Republik sowie die Einführung der Arbeiterräte durch den Staat und ihre Anerkennung. Laut „Corr. d. Sera" ist die serbische Regierung zurückgetreten.

Generalstreik in Elsaß-Lothringen.

Straßburg, 21. April. Für heute Mitternacht ist für ganz Elsaß-Lothringen der Ausbruch des Generalstreiks angekündigt. Die Zeitungen erscheinen nicht. Auch die Postbeamten treten in den Ausstand.

Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten.

Die gestern mitgeteilten Gerüchte über eine Regierungskrise in Sachsen bestätigen sich. In der Donnerstag-Sitzung der Volkskammer wurde das Rücktrittsgesuch des Präsidenten Dr. Gradnauer verlesen. Damit ist nach der sächsischen Verfassung der Rücktritt des Gesamtkabinetts verbunden. Dr. Gradnauer begründet seinen Rücktritt mit seinem Gesundheitszustand und mit der unberechtigten Kritik der sozialdemokratischen Partei an der Tätigkeit der Regierung. Daß auch die Hölz-Affäre in die Krise hineinspielt, ergibt sich aus einer Auslassung der sächsischen Staatskanzlei, in der Presseäußerungen, die Dr. Gradnauer für die Langsamkeit des Einschreitens gegen das Hölzsche Bandenwesen im Vogtland verantwortlich machen, als unrichtig zurückgewiesen werden.

Laut „Leipz. N. N." wird neben Dr. Gradnauer mindestens auch der Minister des Innern Uhlig zurücktreten. Ueber den Rücktritt weiterer Minister sei noch nichts zu sagen. Mit ziemlicher Sicherheit sei anzunehmen, daß die Demokraten an einer Neubildung der Regierung nicht beteiligt sein werden. Ein rein sozialistisches Kabinett mit starkem Einschlag der unabhängigen Richtung ist also zu erwarten. Für den Posten des Ministerpräsidenten werden vermutlich der unabhängige Abgeordnete Lipinski oder der Wirtschaftsminister Schwarz in Frage kommen.

Die Neuorganisation des Wehrministeriums.

Die Beurlaubung des Majors von Gilsa dürfte die völlige Umorganisation des Reichswehrministeriums und der Heeresleitung einleiten. Die Vorgänge sind zweifellos eine Folge der bekannten Gewerkschaftsforderungen an die Regierung. Der persönliche Stab des Reichswehrministers dürfte völlig aufgelöst werden und an seine Stelle nur eine kleine Adjutantur treten. Auch in der Heeresleitung und im Personalamt werden zahlreiche Offiziere verabschiedet. Bisher ist neben Gilsa auch Hauptmann Hahn aus dem persönlichen Stab beurlaubt worden. Das Ausscheiden dieser beiden Offiziere erfolgt in völliger Harmonie mit dem Reichspräsidenten und Wehrminister. Beide hätten besonderen Wert darauf gelegt, Major von Gilsa wieder in der Reichswehr verwenden zu können. Major v. Gilsa erklärt, daß er seine Entschließungen einer späteren Zeit vorbehalte.

Gegen neue Schreckensherrschaft im Ruhrgebiet.

Essen, 22. April. Der Verband oberer Bergbeamten des Rheinlandes hat eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in der er gegen die Wiederkehr der spartakistischen Gewalt- und Schreckensherrschaft die vollständige Sicherung durch eine starke und zuverlässige Reichswehrtruppe und Sicherheitspolizei verlangt. Bei einer Wiederkehr derartiger Vorkommnisse, die nach verbürgten Nachrichten geplant sei, könnten die Bergbeamten keine Gewähr für die Weiterführung der Betriebe übernehmen.

Unzufriedene Eisenbahner.

Die von der Nationalversammlung bewilligten Zulagen für die Eisenbahnarbeiter werden von den Eisenbahnern im besetzten Gebiet nicht als zureichend angesehen. Eine Deputation erklärte es für unmöglich, Lebensmittel zu kaufen, da die Truppen die Arbeiter in jeder Weise überbieten. Es wurde daher für die Rheinlande eine Besatzungszulage gefordert. Auch die schlesischen Eisenbahner sind laut „B. T." mit den neuen Lohnsätzen nicht zufrieden.

Abgelehnte Ehrenerklärung für Scheidemann.

Wie der „Berliner Börsenkur." meldet, ist im Prozeß Scheidemann-Sonnenfeld der Kaufmann Sonnenfeld, der wegen Beleidigung Scheidemanns angeklagt ist, ersucht worden, eine Ehrenerklärung für Scheidemann abzugeben. In diesem Falle würde das Verfahren gegen ihn eingestellt werden. Herr Sonnenfeld hat sich jedoch geweigert, diese Ehrenerklärung abzugeben.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung befürwortete zunächst Abg. Dr. Mumm (Dn.) zu dem Ausschußbericht betr. Errichtung von Bergmannswohnungen den Antrag, bei der Gewährung von Reichsbeihilfen, den Erzbergbau dem Kohlenbergbau gleichzusetzen.

Abg. Osterroth (Soz.) beantragt, auch Kaliberaarbeiter einzubeziehen, die Mittel aber aus ausländischen Ueberpreisen zu entnehmen.

Der Ausschußantrag mit dem Antrag Osterroth wird angenommen.

Der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel wird dem Wohnungsausschuß überwiesen.

Zweite Beratung

des Entwurfes eines Reichswahlgesetzes.

Reichsminister Koch: Durch die einstimmige Annahme des Entwurfes im Ausschuß entfällt die Gefahr einer Vergiftung des Wahlkampfes wegen Verdachts einer gefälschten Wahlgeometrie. Alle Fehler der Verhältniswahl sind noch nicht vermieden, aber das neue System wird die Wahl volkstümlich machen. Bedauerlich ist es, daß wir noch nicht überall zu kleinen Wahlkreisen zurückkehren konnten. Die ernsten Gefahren für die Abstimmungsgebiete durch die früher angesetzten Wahlen dürfen nicht verkannt werden. Die Wahlen in Ostpreußen und Oberschlesien zu vertagen, scheint immer das geringere Uebel zu sein. Bedauerlich ist es, daß es uns versagt ist, im Saargebiet und in Eupen und Malmedy wählen zu lassen. Wir gedenken trotzdem der dortigen Brüder in Treue.

In der Aussprache stimmen die Vertreter der Parteien im wesentlichen dem Entwurf zu. Abg. Dr. Dietrich (Dn.) betont, daß es die Schuld der Regierung war, daß sie das Wahlgesetz nicht früher eingebracht hat.

Paragraph 1 wird angenommen. Zu Paragraph 2 beantragen beide sozialistische Parteien die Streichung des Absatzes, der

den Soldaten das Wahlrecht nimmt.

Abg. Haußmann (Dem.) spricht dagegen. Man dürfe dem Heere und besonders den Offizieren nicht die Erlaubnis zu politischer Agitation geben.

Abg. v. Gräfe (Dn.): Ein Teil meiner Freunde glaubt, daß man Söldner, die sich auf zwölf Jahre verpflichten sollen, nicht von den politischen Rechten ausschließen darf.

Abg. Graf Posadowsky (Dn.): Ein politisierendes angeworbenes Heer ist gefährlich. Es darf nur ein gehorsames Organ der vollziehenden Gewalt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein.

Reichswehrminister Geßler: Wenn wir dem Heer politische Meinungsfreiheit geben wollen, dann dürfen wir es nicht abtemperieren nach der jeweils herrschenden parlamentarischen Mehrheit. Die Reichswehr braucht Ruhe. Durch Verordnung will ich in den nächsten Tagen die Wehrkammern einführen. Gestern war eine Abordnung der Marinebrigade im Munsterlager bei mir, die unter Drohungen von mir verlangte, daß der Haftbefehl gegen Kapp und Ehrhardt zurückgenommen werde. Ich habe es natürlich abgelehnt. Aber Sie sehen, daß eine politisierende Truppe ihre Macht politisch zu benutzen sucht.

Abg. Graf zu Dohna (D. Vpt.) stimmt dem zu.

Abg. Eichhorn (U. S.) beantragt, den Untersuchungsgefangenen das Wahlrecht zu gewähren.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag abgelehnt, weitere Paragraphen werden angenommen.

Das Gesetz über die Wahl des Präsidenten wird in 2. und 3. Lesung angenommen.

Freitag: Dritte Lesung des Wahlgesetzes.

32. Landtag der Provinz Sachsen.

10. Vollsitzung.

Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Wahl eines Landesrats. Vorgeschlagen ist vom (alten) Provinzialausschuß der Landesassessor Tobien. Abg. Bergemann (M. S.) schlägt vor die Angelegenheit zunächst dem neuen Provinzialausschuß zu unterbreiten, und von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Abg. Beims (M. S.) beantragt den Provinzialausschuß zu ermächtigen, die Wahl vorzunehmen. Durch „Hammelsprung" wird über diesen Antrag abgestimmt. Der Antrag Beims ist mit 166 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Die übrigen Abgeordneten enthielten sich der Stimme.

Abg. Wittmaack (M. S.) beantragt, das Haus um eine halbe Stunde zu vertagen, da die Bürgerliche Vereinigung dem zustimmt, wird der Antrag angenommen. Abg. Dr. Keil (Bgl. Vg.) beantragt den Punkt 2: Wahl des Landeshauptmanns, vorwegzunehmen. Da die Mehrheit zweifelhaft ist, wird ebenfalls durch „Hammelsprung" abgestimmt. Der Antrag Dr. Keil ist mit 67 gegen 66 Stimmen angenommen.

Wahl des Landeshauptmanns.

Abg. v. Bismarck (Bgl. Vg.) beantragt den bisherigen Landeshauptmann Freiherrn von Wilmowski wiederzuwählen. Abg. Kasparek (U. S.) beantragt vorher in eine Diskussion einzutreten. Der Landtagsvorstand zieht sich zu einer kurzen Besprechung in dieser Frage zurück. Er beschließt, daß in geheimer Sitzung darüber beraten werden soll ob die Wahl des Landeshauptmanns in öffentlicher oder geheimer Sitzung vorzunehmen sei.

Es wird beschlossen, die Wahl in öffentlicher Sitzung vorzunehmen. 137 Stimmen werden abgegeben (2 Abgeordnete fehlen). Davon entfallen auf Landeshauptmann Freiherr v. Wilmowski 68 Stimmen, Redakteur Wittmaack-Magdeburg (M. S.) 34 Stimmen, Bock-Halle (U. S.) 35 Stimmen. Da die absolute Majorität nicht erreicht ist, findet Stichwahl zwischen Landeshauptmann v. Wilmowski und Bock statt. Es wurden abgegeben für Wilmowski 73 Stimmen, für Bock 63 Stimmen, 2 Zettel waren unbeschrieben. Somit ist

Landeshauptmann v. Wilmowski wiedergewählt.

Der Vorsitzende hebt hervor, daß auch die Fraktionen, die aus politischen Gründen nicht für Landeshauptmann Frhr. v. Wilmowski gestimmt haben, seiner Tätigkeit volle Anerkennung zollten. Landeshauptmann Frhr. v. Wilmowski dankt dem Hause für das gezeigte Vertrauen und nimmt die Wahl an, umsomehr als nach der neuen Provinzialordnung der nächste Provinziallandtag doch eine Neuwahl des Landeshauptmanns vornehmen müsse und er dann einer jungen Kraft Platz machen könne. Er werde sich auch weiter bei der Führung der Geschäfte der Provinz von rein sachlichen Gründen leiten lassen.

Wie beantragt, tritt eine Pause von einer halben Stunde ein. Am Schluß derselben macht der stellv. Vorsitzende Wittmaack die Mitteilung, daß der Oberbürgermeister Reimarus-Magdeburg, Mitglied des bisherigen Provinzialausschusses, gestern verschieden sei. Das Haus ehrt den verdienstvollen Beamten durch Erheben von den Plätzen. Nunmehr wird auf Punkt 1, Wahl eines Landesrates, zurückgegriffen. Es ist ein Schreiben seitens des Beamtenausschusses eingegangen, wonach in demselben 5 Stimmen für die Wahl des Assessor Tobien, 1 Stimme dagegen, ausgefallen sind bei zwei Stimmenthaltungen. Abg. Bansi (Bgl. Vg.) unterstützt den Antrag Wittmaack auf Ueberweisung der Vorlage an den Provinzialausschuß mit der Ermächtigung von sich aus die Wahl vorzunehmen. Der Antrag wird angenommen.

3. Bewilligung einer einmaligen Beihilfe von 75 000 Mk. an das landwirtschaftliche Tarifamt in Halle. Der Haushaltsausschuß empfiehlt die Annahme des Antrages mit der Maßgabe, die Summe auf 60 000 Mk. herabzusetzen, mit welcher das Tarifamt auszukommen glaubt. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen, mit einem vom Abg. Bergemann (M. S.) vorgeschlagenen Zusatz, der verlangt, daß das Tarifamt über diese Summe Rechnung ablegt.

4. Bittschrift des Magistrats der Stadt Kemberg um Beihilfe zu den Kosten für den Umbau des Rathauses. Der Berichterstatter Oberbürgermeister Dr. Gerhardt befürwortet die Vorlage im Interesse der Erhaltung des wertvollen Baudenkmals. Die Redner aller Fraktionen sind für Bewilligung des Antrages, der einstimmige Annahme findet.

5. Antrag des Magistrats der Stadt Naumburg auf Abänderung der Wahlbestimmungen des Provinziallandtages. Es handelt sich zunächst um die Frage, ob die Annahmeerklärung sofort beizubringen ist. Die Stadt Naumburg verneint diese Frage, der Landtagsvorstand nimmt jedoch einen entgegengesetzten Standpunkt ein. Der Ansicht, daß der Provinziallandtag aus allgemeinen Wahlen hervorgehen müsse, tritt dagegen die Mehrzahl der Abgeordneten bei. Eine diesbezügliche Entschließung, die an die Regierung abgesandt werden soll, findet eine Mehrheit.

Ein Antrag des Abg. v. Erffa, der von den Vertretern aller Fraktionen unterzeichnet ist, dahin lautend, die Staatsregierung und die Preußische Landesversammlung zu ersuchen, in keinerlei Gebietsabtretungen von Teilen der Provinz Sachsen an ein selbständiges Thüringen ohne Zustimmung des Provinziallandtages und gegen den Willen der Bevölkerung der betreffenden Gebiete zu willigen, wurde einstimmig angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung wurde ein Antrag besprochen, welcher das Verbot des Abbruches der Ziegeleien angesichts der großen Wohnungsnot vorsieht und dafür eine hinreichende Kohlenversorgung dieser Produktionsstätten verlangt. Abg. Uffrecht (U. S.) begründet diesen Antrag damit, daß die Besitzer der Ziegeleien, die augenblicklich in ihrer Arbeit behindert seien, aus dem Material der abgebrochenen Häuser ihren Vorteil zögen. Im Verlaufe der Besprechung wurde betont, daß die Kohlennot den Abbruch der Ziegeleien verschulde.

Eine Bitte des Vereins fr psychopathische Kinder, ihm eine Kommission des Landtages zur Seite zu stellen, wurde dem Provinzial-Ausschuß überwiesen.

Zum Schluß ergriff Oberpräsident Hörsing zu einer kurzen Schlußansprache das Wort. Er stellte fest, daß intensive und gründliche Arbeit geleistet sei. Die Befürchtung, daß die Trennung in politischen Fraktionen ein Hemmnis sein werde, habe sich nicht erfüllt. Zwar habe man oft die Kräfte gemessen, doch habe in allen kulturellen u. sozialpolitischen Fragen Einigkeit geherrscht. Die Erfüllung großer Aufgaben, z. B. Sorge für die Beamten habe durch die schlechte finanzielle Lage zwar eine Hemmung erfahren, aber auch hier sei das Möglichste getan worden. Er schloß den Landtag im Namen der Staatsregierung mit dem Wunsche, daß die Ueberzeugung, daß politische Gegensätze nur mit den Waffen des Geistes durchgefochten werden dürften, an Boden gewinnen möge. Abg. Boer (Dem.) dankt dem Präsidium für die mühevolle Arbeit, die bereitwillig übernommen wurde.

Der 1. Vorsitzende Cludius schließt die Tagung mit dem Hinweis auf die Sorge der Gegenwart. Nicht rückwärts, sondern vorwärts und aufwärts müsse der Blick gerichtet sein.

(Bericht über die gestrige Sitzung siehe Beilage.)

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

[illegible]wurstverkauf

findet am Sonnabend in den bekannten Verkaufsstellen statt. (S. a. d. Anzeige.)

Zuckermarkenausgabe.

* Die Ausgabe der Zuckermarken für Mai und Juni findet Dienstag bis Donnerstag nächster Woche statt und zwar am Dienstag für die Straßen A—J, Mittwoch K—P, Donnerstag für die übrigen Straßen.

Der Kleinhandelshöchstpreis für Zucker

im Monat Mai beträgt für: 1 Pfd. gemahlene Melis 1.92 Mk., 1 Pfd. gemahlene Raffinade 1,94 Mk., 1 Pfd. Würfelzucker 1,97 Mk., 1 Pfd. Brode 2,02 Mk., 1 Pfd. Kandis 2,35 Mk.

Stadtverordneten-Versammlung.

* Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am Montag, den 26. April, im alten Rathaus statt. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Ersatzwahl für Deputationsmitglieder. 2. Einstellung eines Angestellten im Elektrizitätswerk zu buchhalterischen Arbeiten. 3. Festsetzung des Pachtpreises für den Gondelbetrieb auf dem Gotthardtteich. 4. Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter. 5. Antrag wegen Entfernung des Militärs. 6. Erhöhung der Teuerungszulagen für die Schwestern im Krankenhaus um 150 Mk. 7. Verwendung einer Schenkung von 1000 Mk. 8. Erhöhung der Verpflegungssätze im Krankenhaus vom 1. Mai 1920 ab. 9. Nachbewilligung bei Teil 2 des Haushaltsplanes der Bauverwaltung. 10. Antrag auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200424-10/fragment/page=0002

Gewährung von zinslosen Darlehen zur Errichtung von Wohnungen: 1. für die Stadt auf Ritters Plan, 2. für die Baugesellschaft, 3. für die Rent gutsgesellschaft. Anschließend geheime Sitzung.

Antrag wegen Entfernung des Militärs.

* Seitens einiger der Sozialdemokratischen und Unabh. Soz. Partei angehörender Stadtverordneter wird der Stadtverordnetenversammlung der Antrag eingebracht werden, der Magistrat wolle umgehend die nötigen Schritte unternehmen, eine Entfernung des hier untergebrachten Militärs zu veranlassen. Die Ruhe und Ordnung ist bisher ohne Militär besser aufrecht erhalten worden, auch ist der Anblick der stets mit Revolver bewaffnet einhergehenden Soldaten durchaus nicht geeignet, für eine friedliche Stimmung zu sorgen. Eine Verstärkung der Polizei und gute Bewaffnung derselben würde vollkommen zur Aufrechterhaltung der Ordnung genügen. Es wäre mit Freuden zu begrüßen, wenn die Kaserne in der Weißenfelserstraße zu Wohn- evtl. Schulzwecken benutzt würde.

Neue erhöhte Stundenlöhne für die städtischen Arbeiter.

* Die mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Januar 1920 aufgestellte Lohntafel für die städtischen Arbeiter wurde von den Arbeitervertretern mit Wirkung vom 1. Mai d. J. ab mit 6wöchiger Frist satzungsgemäß gekündigt. Für die Zeit vom 1. April bis 30. April 1920 ist auf Antrag der Arbeitervertreter zwischen denselben und dem Magistrat eine neue Lohntafel aufgestellt, die auf Grund der Verhandlungen vom 12. März 1920 vor dem Schlichtungsausschuß in Halle a. S. zwischen dem Verbande der Metall-Industriellen und dem deutschen Metallarbeiter-Verband für die Zeit ab 1. April 1920 vereinbart worden ist. Unausbleiblich wird eine Steigerung der Gas-, Strom- und Wasserpreise sein, um den Haushaltsplan in Ausgabe und Einnahme gleich stellen zu können.

Bedeutende Gebührenerhöhung des städtischen Krankenhauses.

* Infolge der schnellen Steigerung der Preise für alle Bedürfnisse, insbesondere für Heizmaterial ist es erforderlich geworden, daß seitens des städtischen Krankenhauses auf alle Verpflegungssätze und sonstigen in Rechnung gestellten Leistungen ein Aufschlag von vorläufig 50% erhoben wird, für Röntgenaufnahmen ein solcher von 100%.

Landeshauptmann Frhr. v. Wilmowski wiedergewählt.

* In der heutigen Schlußsitzung des Provinzial-Landtages wurde Freiherr v. Wilmowski mit 72 gegen 63 Stimmen, die auf den Kandidaten der U. S. P., Bock-Halle, entfielen, zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen wiedergewählt. Zwei Zettel waren unbeschrieben. Die Nachricht wird alle unsere Leser mit berechtigter Freude und Genugtuung erfüllen.

Vom Domgymnasium.

* Die erleichterte Kriegsnotreifeprüfung bestand am Mittwoch der Kriegsteilnehmer und frühere Schüler des Gymnasiums Thieme.

Generalversammlung des Beamtenwirtschaftsvereins.

* Der Beamtenwirtschaftsverein Merseburg G. m. b. H., hielt gestern abend seine diesjährige Generalversammlung im großen Saale des „Tivoli" ab. Im Jahresbericht wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, mit denen der im November 1918 gegründete Verein in der ersten Zeit seines Bestehens zu kämpfen hatte. Die Mitglieder hatten auch nur zögernd den Genossenschaftsgedanken erfaßt, nur ein kleiner Teil könne als zuverlässige Abnehmer bezeichnet werden, sodaß die beschafften Lebensmittel z. Zt. an Nichtmitglieder abgegeben werden mußten. Im Juni 1919 sei man dann dazu übergegangen, die rationierten Lebensmittel auf Marken mit in den Verkauf zu übernehmen. Trotz diesen erschwerten Geschäftsverhältnisse sei der Verein imstande, eine Dividende von 3% zu zahlen. Gegenüber 59 Mitgliedern bei der Gründung hat der Verein am Schluß des Rechnungsjahres 1919 einen Mitgliederbestand von 659 mit 708 Geschäftsanteilen. Der Aufsichtsrat hielt 17 Sitzungen ab. Herr Etze betonte, daß die Beamtenschaft, die doch wirtschaftlich sehr schlecht gestellt sei, nun endlich einsehen solle, daß Selbsthilfe unbedingt notwendig ist und jeder dem Verein beitreten müsse. Aus dem Kassenbericht ist interessant die Gegenüberstellung der monatlichen Einnahmen: im Januar 1919 3700 Mark, Februar 6900, März 5500, April, 16 700 Mark, Mai, 12 200, Juni 6200, Juli 4000, August 7600, September 19 800, Oktober 22 700, November 22 100, Dezember 32 500 Mark. Die Vergütung für die baren Auslagen und die Mühewaltung wurde festgesetzt für den Vorstand auf 1575 Mark und für den Aufsichtsrat auf 172,50 Mark. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Die Geschäftsanweisungen, die im Anschluß an die Anweisungen des Beamtenkonsumvereins Halle erfolgt sind, wurden einstimmig angenommen. Punkt 7, Anschluß an einen Revisionsverband, wird zur direkten Erledigung an den Aufsichtsrat überwiesen. Die Aenderungen von § 30 der Satzungen, den Vorstand um einen 3. Beisitzer zu erhöhen, muß wegen Beschlußunfähigkeit der Versammlung vertagt werden, jedoch wird der Aufsichtsrat ermächtigt, vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung einen 3. Beisitzer zu bestimmen. — Anstelle der ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden gewählt die Herren: Köppe, Zorn, Schulze, Dietze, Estrich, Burath und Nürnberger. Gegen ½11 Uhr schloß der Vorsitzende, Herr Fröbe die Versammlung.

Transporte für die Entente.

* Lange Materialzüge, die zum Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens große Mengen Ziegelsteine, Zement, Bauholz, Bretter usw. befördern, passierten seit den letzten Tagen die Bahnstationen unserer Gegend. Auch die Transporte des an die Entente zu liefernden Viehes haben begonnen. Die Transporte werden nach Frankfurt geleitet und dort in Sonderzügen nach Frankreich weitergeführt.

Beschränkter Sonntagszugverkehr.

* Aus dem jetzt erschienenen endgültigen Entwurf des Fahrplans der Eisenbahndirektion Halle (Saale), gültig vom 1. Juni geht hervor, daß auf den meisten Strecken der Halleschen Direktion ein beschränkter Sonntagszugverkehr aufgenommen wird. Außer einigen D-Zügen auf den Hauptstrecken werden auf den meisten Linien auch sonntäglich 1—2 Personenzüge in jeder Richtung verkehren. Nur die kleinsten Nebenbahnstrecken bleiben vom Sonntagsverkehr nach wie vor ausgeschlossen.

Zahlung von Immobiliar- und Mobiliar-Versicherungsbeiträgen für das Jahr 1920.

* Die Immobiliar- und Mobiliar-Versicherungsbeiträge für das Jahr 1920 sowie die nach dem Gesetz vom 3. Juli 1913 zur Einziehung gelangenden Reichsstempelabgaben für die bei der Provinzial-Städte-Feuersozietät-Versicherten hiesiger Stadt sind nach Dreiviertel vom Beitragsverhältnis innerhalb 4 Wochen an unsere Steuerkasse zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist tritt sofort kostenpflichtige Beitreibung ein.

Aus Provinz und Reich

Metallverschiebungen in den Spandauer Reichswerken.

† Berlin, 23. April. Die Kriminalpolizei ist in den Spandauer Reichswerken umfangreichen Metallverschiebungen auf die Spur gekommen. Urheber waren Angestellte, die untergebene Leute zu den Verschiebungen zu überreden wußten. Dadurch, daß ein Kriminalbeamter als Aufkäufer sich an die Schieber heranmachte, gelang es die Aufdeckung in dem Augenblick, als erneut zwei Waggons mit Kupfer und Messing verschoben werden sollten. Bei einem Berliner Spediteur sind für 120000 M. Stahl, die aus den Reichswerken in Spandau stammt, ausfindig gemacht worden. Es haben auch einige Verhaftungen stattgefunden.

275 Mark Wochenlohn für Müllkutscher.

† Berlin, 22. April. Der Müllkutscherstreik, der sechs Wochen gewährt hat, ist beendet. Der Vergleich ist auf der Grundlage zustande gekommen, daß der Müllkutscher 275 M. Wochenlohn erhält. Die Forderungen der Kutscher waren noch weit darüber hinaus gegangen. Immerhin beziehen sie jetzt ein Monatseinkommen von fast 1300 Mark!

Eine kommunale Haarschneidestube.

† Berlin, 20. April. Eine Haarschneidestube in kommunaler Regie soll jetzt in Mariendorf bei Berlin erstehen. Wegen der hohen Forderungen der Barbiere, die für den Haarschnitt 2.50 Mark fordern, wurde von der Gemeindevertretung für die Schaffung einer Gemeindehaarschneidestube ein Betrag von 4000 Mark beantragt. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu und genehmigte die erforderlichen Mittel. Der Preis für den Haarschnitt wurde auf 1 Mark für Erwachsene und auf 30 Pfennig für Kinder festgesetzt.

Postscheckamt Erfurt.

† Erfurt, 22. April. Die Errichtung eines Postscheckamtes in Erfurt ist nunmehr gesichert. Der von der Stadt dem Reichspostministerium vorgelegte Vertragsentwurf hat bis auf die Abmachungen über die Mietdauer die Zustimmung des Reichspostministeriums gefunden. Darüber schweben noch Verhandlungen, die aber an dem grundsätzlichen Zustandekommen der Angelegenheit in dem für Erfurt gewünschten günstigen Sinne nichts ändern werden.

Raubüberfall.

† Bobbau, 22. April. Nächtlicherweile drangen männliche Gestalten in das Grundstück eines begüterten früheren Gastwirts ein und forderten ihn zur Herausgabe seines Geldes auf, wobei er von einem der Verbrecher mit vorgehaltener Schußwaffe bedroht wurde. Dem geängstigten Greise, dessen Ehefrau gelähmt ist, blieb nichts anderes übrig, als den Kerlen eine Summe auszuhändigen, worauf dieselben im Dunkel verschwanden.

Bunte Zeitung

Harzgewinnung in den preußischen Staatsforsten 1918.

Daß es doch ganz erhebliche Werte waren, die allein an Harz in unseren heimischen Wäldern unausgenutzt blieben, während wir für ausländisches Harz die Summen ausgaben, die auch im Inlande hätten verdient werden können, zeigen die Ergebnisse der Harzgewinnung in den preußischen Staatsforsten im Jahre 1918. Es wurden 2229 Tonnen Kiefernlachtenharz mit einem Kostenaufwand von 4 187 186 M., 63 Tonnen Fichtenlachtenharz mit einem Kostenaufwand von 42 435 M. und außerdem noch größere Mengen von Fichtenwaldharz gewonnen. Bei den vom Reichsausschuß gezahlten Preisen für Harz ergab sich ein Gewinn von 1170 M. für die Tonne Kiefernlachtenharz, von 830 M. für die Tonne Fichtenlachtenharz und von 510 M. für die Tonne Fichtenwildharz. Wenn unsere Industrie nun auch ihren gesamten Harzbedarf nicht aus den heimischen Wäldern wird decken können, und wenn vielleicht auch die vom Reichsausschuß gezahlten hohen Preise auf die Dauer sich nicht werden halten lassen, so dürfte doch auch in Zukunft die deutsche Harzgewinnung von volkswirtschaftlichem Wert sein und sich rentabel gestalten lassen. Die forstlichen Beratungsstellen der Landwirtschaftskammern und die staatlichen Oberförstereien geben jede gewünschte Auskunft über die erfolgreichsten Verfahren der Harzgewinnung, der sich auch der private Forstbesitz zuwenden dürfte.

Gute Aussichten für den deutschen Handel in Argentinien.

Einem Berichte aus Buenos Aires entnehmen wir folgende für die deutsche Geschäftswelt wichtige Angaben: Fast alle Geschäfte warten auf die bestellten deutschen Waren, bei denen der Importeur infolge des niedrigen Markkurses und der hiesigen hohen Preise aller Importwaren hohe Verdienste erzielt. Mit den amerikanischen Waren ist man vielfach sehr unzufrieden und sobald Aussicht auf deutsche Waren bestand, wurden vielfach Bestellungen in Nordamerika aufgehoben. Die deutschen Fabrikanten sollten aus diesen Gründen mit ihren Forderungen nicht ängstlich sein und entsprechend der Valuta höhere Preise für Exportwaren verlangen. Mitte Dezember ist der neue Schiffahrtsdienst Newyork—Buenos Aires mit den ehemaligen deutschen Dampfern „Friedrich der Große", „Großer Kurfürst", „Prinz Eitel Friedrich", „Prinzeß Irene", „Prinzeß Alice" usw. eröffnet worden.

Letzte Depeschen

Die Stärke des deutschen Heeres.

Englisch-italienisches Entgegenkommen.

San Remo, 23. April. Es scheint, daß die deutsche Note, welche die Forderung einer Erweiterung der Reichswehr auf 200 000 Mann stellt, auf englischer und italienischer Seite ohne Ueberraschung und sogar mit einem gewissen Wohlwollen aufgenommen worden ist. Auf französischer Seite behält man sich die Bildung einer Meinung bis zur Prüfung dieser Frage durch die Konferenz vor. Es erscheint gerechtfertigt, daß Frankreich genügende Garantien erhält gegenüber jedem Versuch einer militärischen Revanche.

Die Zuteilung der oberschlesischen Kohlenförderung.

Breslau, 23. April. Die Entente-Kommission hat in einem Rundschreiben an die Werkverwaltungen bestimmt, daß die Staaten nach Maßgabe der Förderung Kohlen in dieser Reihenfolge erhalten: 1. Polen, 2. Oesterreich, 3. Italien, 4. die deutschen Eisenbahnen, 5. Oberschlesien, 6. das übrige Deutschland, 7. die Tschecho-Slowakei, und das übrige Ausland. Erst nach Aufbringung der Mengen für 1—5 dürfen Verladungen nach dem übrigen Deutschland und den Staaten unter 7 erfolgen. Diese Verteilung bedeutet für Polen eine Sanierungsaktion, da dadurch Polen seine eigenen Kohlen zu Auslandspreisen verkaufen kann.

Caillaux freigesprochen?

Paris, 23. April. Der Oberste Gerichtshof hat mit 213 gegen 28 Stimmen den Antrag des Generalstaatsanwalts, Caillaux auf Grund der Artikel 77 und 79 des Strafgesetzbuches zu verurteilen, zurückgewiesen. Der Oberste Gerichtshof prüft nunmehr, ob andere Artikel des Strafgesetzbuches gegen Caillaux angewendet werden können. (Die Artikel 77 und 79 beziehen sich auf das Einverständnis mit dem Feinde.

Im direkten Gegensatz dazu steht folgende Meldung:

London, 23. April. Reuter meldet aus Paris: Caillaux wurde mit 150 gegen 91 Stimmen des Einverständnisses mit dem Feinde schuldig erklärt.

Neue Sturmzeichen.

Essen, 23. April. Aus dem Bergischen Lande werden Einzelheiten gemeldet, aus denen deutlich hervorgeht, daß dort in der Tat eine neue spartakistische Bewegung vorbereitet wird. Der Hauptsitz der Agitatoren ist gegenwärtig Remscheid. Außerdem werden auch in Barmen und Solingen umfangreiche Vorbereitungen getroffen. In fast allen Orten des Bergischen Landes und Wuppertales ist die Waffenabgabe im Verhältnis zu den großen Mengen, die von der Roten Armee auf ihrem Rückzug ins Bergische Land verschleppt worden sind, geradezu lächerlich gering gewesen.

Eine „Säuberungsaktion" in Greifswald.

Stettin, 23. April. Ein größeres Aufgebot der Stettiner Sicherheitswehr mit einer Anzahl von Kriminalbeamten hat gestern in Greifswald eine Aktion zur Säuberung von verfassungsfeindlichen Elementen begonnen. Bei studentischen Verbindungen und Einzelpersonen wurden Durchsuchungen vorgenommen. Bei der heute festgesetzten Unternehmung sollten auch Spuren des Generals v. Lüttwitz und des Majors Bischoff verfolgt werden. Im hiesigen Freihafen sollte gestern durch zwei Speditionsfirmen eine größere Anzahl Geschütze nach Königsberg zu noch nicht festgestellten Zwecken verladen werden. Der Polizeipräsident ließ die Geschütze einstweilen beschlagnahmen.

Verkehrsabkommen zwischen Polen und Danzig.

Danzig, 23. April. Das vorläufige Abkommen zwischen der Republik Polen und der zukünftigen Freistadt Danzig, das die Regelung des Paß-, Eisenbahn-, Zoll-, Post- Telegraphen- und Telephonwesens betrifft, ist gestern Abend unterzeichnet worden. Das Abkommen soll von viermonatiger Dauer sein, vorausgesetzt, daß bis dahin der durch den Versailler Frieden vorgesehene Staatsvertrag zwischen Polen und Danzig zustande gekommen ist.

Die Kämpfe in Kleinasien.

London, 23. April. „Times" melden aus Konstantinopel: Die nationalistischen Truppen haben den Smyrnaer Abschnitt teilweise geräumt, um sich mit den regulären Truppen gegen Anzavur Pascha zu vereinigen. Im Bezirk von Balikesi, achtzig Kilometer südlich vom Marmarameer, wird seit drei Tagen heftig gekämpft. Der Kampf scheint ungünstig für Anzavur Pascha zu sein, denn er ist in Richtung Panderma zurückgegangen. Die Regierung, die den Offizieren der regulären Truppen nicht traut, ist damit beschäftigt, Freiwilligenkorps gegen die Nationalisten zusammenzustellen. Auch in Thrazien ist es sehr unruhig. Damad Ferid Pascha, der zum Gouverneur von Rodosto ernannt wurde, ist zurückgekehrt, weil sein Leben in Gefahr war. Jaffar Tajar Bei, Militärgouverneur von Adrianopel, hat, ermutigt durch die Niederlage Anzavur Paschas, wiederum revolutioniert.

Das Heer Denikins.

London, 23. April. (Reuter). Bonar Law teilte im Unterhause mit, daß der größere Teil des Heeres Denikins, das jetzt hinter Wrangels steht, die Landenge nördlich der Krim besetzt hält. Mehrere Angriffe wurden abgeschlagen.

Die Revolutionsbewegung in Mexiko.

Washington, 23. April. (Reuter.) Nicht amtliche Berichte heben die zunehmende Stärke der Revolutionsbewegung in Sonora in Mexiko hervor. Zwei weitere Städte haben sich der Abtrennungsbewegung angeschlossen. Die mexikanische Gesandtschaft erklärt, die Revolution trage nur örtlichen Charakter.

Gegen die neue Zwangskrankenversicherung.

Berlin, 23. April. Die Erweiterung der Zwangskrankenversicherung, die am 26. April Gesetzeskraft erhält, wenn nicht in letzter Stunde die Nationalversammlung Einspruch dagegen erhebt, wird von Aerzten und Versicherten unzweideutig und mit berechtigter Entrüstung abgelehnt. Den ärztlichen Organisationen, die in dieser ihre Existenz geradezu untergrabenden Neuordnung bereits scharf Stellung genommen haben, gehen zahlreiche Zuschriften zu, die sich energisch gegen die außerordentliche Erhöhung der Versicherungsgrenze aussprechen. Der von allen bürgerlichen Parteien gestützte Antrag Bartschat, der die Zurückführung der Versicherungsgrenze auf den ursprünglich vorgesehenen Satz von 12 000 Mark fordert, ist von der Tagesordnung der gestrigen Nationalversammlung abgesetzt worden. Er wird heute im Plenum zur Beratung kommen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200424-10/fragment/page=0003

Achtung! Achtung!

Kriegshinterbliebene.

Die Inhaber von Anteilscheinen der Sächsischen Kriegsversicherung a. O. 1914, welche infolge des Todes der versicherten Kriegsteilnehmer Anspruch auf Zahlung der Versicherungssumme gemäß § 4 der Versicherungsbedingungen erheben, werden ersucht, die gelösten Anteilscheine mit der standesamtlichen Sterbeurkunde an den Unterzeichneten unverzüglich einzureichen, sofern dieses noch nicht geschehen sein sollte. Für Kriegsteilnehmer, die bereits für tot erklärt sind, ist anstelle der Sterbeurkunde die gerichtliche Todeserklärung vorzulegen. Vermißte, die noch nicht für tot erklärt sind, müssen gleichfalls angemeldet werden.

Ansprüche, die nicht

spätestens bis zum 10. Mai 1920

unter Einreichung der vorerwähnten Unterlagen angemeldet werden, können nicht berücksichtigt werden.

Merseburg, im Februar 1920.

Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen.

Merseburg, den 11. März 1920.

Der kommissarische Landrat.

Zuckermarkenausgabe für Mai und Juni

altes Rathaus, Burgstraße Nr. 1, von 8—2.30 Uhr.

Dienstag, den 27. April für die Straßen A bis J.
Mittwoch, den 28. April für die Straßen K bis P,
Donnerstag, den 29 April für die übrigen Straßen.

Abgabe nur an Erwachsene des Haushaltes gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes.

Merseburg, den 22. April 1920.

L.-A. I. 405/20. **Der Magistrat.**

Grützwurstverkauf am 24. April 1920.

Verkaufsstelle: **Lehmann**, Dammstraße 6
" **Schubert**, Burgstraße 16
Staake, Neumarkt 38

Verkaufspreis 5/4 Pfund = 65 Pfg.

Merseburg, den 23. April 1920.

L.-A. I. 406/20. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Qualitätspolstermöbel

- - in schönen Formen - -
bei größter Preiswürdigkeit

RAUMKUNST, HALLE a. S. Poststrasse 8.

---

6 teiliger Schwachstrommotor mit Akkumulator

preiswert zu verkaufen bei

Max Schneider, Schmalestrasse 14.

Hygien. Gummiwaren

Frauenduschen, Clysos, Mutterspritzen, Frauenschutz, Männerschutz;

Menstruationskuren

mit garant. Erfolg (M. 25.—). Anfragen erbittet

Manuf. „Excelsior", Nürnberg
Webersplatz 11.

Günstiges Angebot

:: **100 Küchen** ::
100 Schlafzimmer

in verschiedener Ausführung

Reinicke & Andag

Möbel-Fabrik

HALLE a. S., Gr. Klausstr. 40, am Markt

Gekaufte Möbel werden aufbewahrt

Hausmann, welcher die Zentralheizung gründlich versteht, und sonstige Botengänge zu besorgen hat, **sofort** gesucht.

Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Leser!

wahrt das Interesse unserer Inserenten.

das Interesse Eurer Zeitung, so wie wir von Euch wahren Darum kauft in den Geschäften Dadurch unterstützt Ihr Eure Zeitung.

Familien-Anzeigen.

Vermählte: Heinz Flender u. Fr Anna geb. Kaufmann hier.
Gestorben: Kurt Pörtz, hier.

Einwohner-Meldeamt.

Auf Grund der Beschlüsse d. städtischen Körperschaften vom 30. März 1920 u. 12. April 1920 I. 883/20 wird d. Entschädigung für Inanspruchnahme des Einwohner-Meldeamts mit Wirkung vom 1. Mai 1920 ab anderweit wie folgt festgesetzt:

für jede mündliche Auskunft 50 Pfennig

für jede schriftliche Auskunft 1,— Mark.

Portoverläge werden besonders berechnet.

Merseburg, den 22. April 1920.

I. 883/20. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die Rollgeldsätze des bahnamtlichen Rollfuhrunternehmers der Station Merseburg sind wie folgt erhöht worden:

Frachtgut für 50 kg.
I. Zone ℳ 1,20 mindest. ℳ 1,30
II. Zone ℳ 1,30 mindest. ℳ 1,40

Eilgut für 50 kg.
I. Zone ℳ 1,40 mindest. ℳ 1,50
II. Zone ℳ 1,60 mindest. ℳ 1,70

Halle (Saale), den 22 April 1920.

Eisenbahn-Direktion.

Kleeverpachtung.

Mittwoch, d. 28. April, nachm. 4 Uhr, verpachte ich 6 Morgen in Wölkauer Flur gelegenen **Rotklee im Ganzen od. geteilt.**

Hugo Fiedler, Wölkau.

Drahtgeflechte, Stacheldrähte, Drahtzäune, Drahtgeflechtgitter,

auch in kleinen Mengen

C. Müller's Wwe. & Sohn
Halle a. S.
Friedrichstr. 26 - Fernruf 1307.

Zukunft und Schicksal

sowie Aufklärung über Charaktereigenschaften, Lebensbeschreibung usw. Senden Sie Ihr Geburtsdatum, Ihre genaue Adresse und 50 Pfg. in Marken ein. Sie erhalten eine wichtige Mitteilung.

Konrad Böhner, Nürnberg H.

Benötige Gold- und Silberwaren Platin u. zahle den höchsten Preis

Pfeifer, Leipzig, Klostera. 16II.

Rathsfeldsches Pulver

stoffwechselbeförderndes Eintreinigungs-Pulver

Gicht und Rheuma — Magenverdauungsbeschwerden — Nieren- und Blasenleiden — Flechten- und Hautunreinlichkeiten — Hautjucken Hämmorhoiden und Leberleiden. Schachtel 5,— Mk. — Versand: **Grüne Apotheke, Erfurt.**

Hoaflöuft Bart

berühmt berühmt berühmt

Goldgeist

5-fach stark, geruchlos mit Kaphoate-Tabletten Packung f. eine Kur ausreichend M. 3.75 Vorausbestellung M. 6 nur in roten Karten in Apotheken und Drogerien.

Einen Hofarbeiter

suchen

Rich. Beyer & Co.

Die beste Verwertung für Wolle ist und bleibt die Versteigerung!

Wollversteigerung in Berlin am 5./6. Mai d. Js.

veranstaltet vom Wollverwertungsverband (Deutscher Landwirtschaftskammern) Berlin.

Alle Schafhalter können ihre Wollen, auch die kleinsten Mengen, der Versteigerung anmelden.

Anmeldungen und Anfragen an die

Deutsche Wollgesellschaft Berlin,
Markgrafenstr. 77.

Von heute ab stehen in meinen Stallungen mehrere große Ladungen

allerbester ostfriesischer hochtragender

Färsen und Kühe

sowie

neumilchender Kühe mit den Kälbern

preiswert zum Verkauf.

Fa. L. Nürnberger,
Merseburg.

Hallesche Str. 10/12. Tel. 28.

Möbellager Emil Winkel
Halle a/S.,
Jetzt Hauptgeschäft
5. Olearius str. 5.
Ecke Hallmarkt an der Treppe.

Schlafzimmer, Küchen, Speisezimmer.

Desgleichen biete gebrauchte Einrichtungen günstig an.

Alle Arten Möbel u. Polster.

Emil Winkel.

Zwei neue Bettstellen ohne Matratze

zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Drucksachen

— jeder Art —
und Ausführung
liefert
preiswert und sauber

Merseburger Tageblatt
Merseburg
Hälterstraße 4
Tel. 100

Lebensmittel-

Preisliste versenden portofrei Holsatiawerke, Nortorf i. H.

Stadttheater Halle

Sonnabend, abds. 7 Uhr: **Der Wildschütz.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: (Volksvorstellung.) **Nora.**
Sonntag, abends 7 Uhr: **Der Wildschütz.**

Kaninchenzüchter-Verein Merseburg (E. V.).

Sonnabend, den 24. d. Mts. abends 7½ Uhr in der Funkenburg:

Monatsversammlung.

Der Vorstand.

Eichener Trümeaux

zu verkaufen.

Wo, sagt die Expedition.

Maihamsterfelle

zu kaufen gesucht. Angebot erbittet.

M. Hentschel,
Leipzig-Lindenau
Stemeringstraße 4.

Nähe Leuna,

Häusch. zu kaufen ges. oder 3 Zimmerwohnung v. kinderl. Leuten gegen solche i. Preis von 320 Mk. in Naumburg zu tauschen gesucht.

Hahnemann,
Naumburg, U. Georgenberg 3.

Angebot.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

Zirka 150 Zimmer in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Möbelfabrik

Albert Marlick nachf.

Inh. **Richard Ziemer**
Halle S., Alter Markt 2

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 25. April 1920. (Jubilate.)

Gesammelt wird eine Kollekte für das Diakonissen-Mutterhaus in Halberstadt.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Bithorn.
Vorm. 11 Uhr: **Kindergottesdienst.**
Abends ½8 Uhr: Jungfrauen-Verein des Vaterländischen Frauenvereins, Seffnerstr. 1.
Volksbibliothek geöffnet Sonntags von 11 bis 12½ Uhr mittags.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde** in der **Herberge zur Heimat.** Diakonus Wuttke.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Riem.
Vorm. 11 Uhr: **Kindergottesdienst** Pastor Riem.
Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Versammlung.** } an der Geisel 5.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.** } Past. Werther.
Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Chor-Gesangs-Uebung.** An der Geisel 5. — Lehrer Busch.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Versammlung.** An der Geisel 5. Pastor Riem.
Ev. Frauenhilfe St. Maximi.
Montag nachmittag ½3 Uhr: Spaziergang. Sammelplatz: Domplatz. — Frau Pastor Werther.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein.
Vorm. 11 Uhr: **Kindergottesdienst.**
Dienstag, abends 8 Uhr: **Leseabend.** Unter-Altenburg 36.
Donnerstag abend 8 Uhr: **Jungfrauen-Verein.** Unter-Altenburg 36.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Bolt.
Vorm. 11 Uhr: **Kindergottesdienst.**
Montag abend 8 Uhr: **Versammlung der konfirmierten Söhne im Pfarrhause.**
Donnerstag abend 8 Uhr: **Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.**

Christliche Gemeinschaft, Blanckestraße 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**

Katholischer Gottesdienst.
Sonntag, den 25. April.
Früh 6 Uhr: **Beichte.**
7 Uhr: **Frühmesse.**
½10 Uhr: **Hochamt und Predigt.**
Nachm. 2 Uhr: **Christenlehre und Andacht.**
Sonnabend von 5 Uhr an Gelegenheit zur Beichte.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Lotz. Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Baltz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200424-10/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 85 des Merseburger Tageblattes

Sonnabend, den 24. April 1920.

Politische Rundschau

Die politischen Prozesse vor dem Reichsgericht.

Wie die „Leipz. N. N." melden, ist bei dem Reichsgericht in Leipzig die Voruntersuchung gegen Kapp und seine Anhänger wegen Hochverrats im Gange. Es laufen täglich noch immer Nachrichten ein, deren Nachprüfung sofort erfolgt. Solange aber das Verfahren noch schwebt, ist eine Bekanntgabe der Namen der beschuldigten Personen oder der ihnen zur Last gelegten Vergehen nicht möglich.

Im Landesverratsverfahren gegen Braß hat dagegen das Reichsgericht überhaupt noch nichts unternehmen können. Der seinerzeit von der Nationalversammlung in dieser Angelegenheit eingesetzte Ausschuß ist noch nicht zu einer Entscheidung gekommen. Solange die Nationalversammlung nun das Recht der Unverletzbarkeit des Abgeordneten Braß noch nicht aufgehoben hat, solange darf das Reichsgericht auch nichts gegen Braß unternehmen. Die Angelegenheit ruht also ganz. Es mutet eigentümlich an, daß in dem ganz gleich gearteten Falle Traub die Nationalversammlung mit großer Beschleunigung die Aberkennung der Unverletzbarkeit ausgesprochen hat. In dem genau so zu beurteilenden Falle Braß dagegen scheint sich dieselbe Nationalversammlung mehr Zeit zu lassen.

In dem größten politischen Prozeß vor dem Reichsgericht, dem Verfahren gegen die sogenannten „Kriegsbeschuldigten" sind die Verhandlungen und die Untersuchungen des vorhandenen Beweismaterials weiter in vollem Gange. Sie werden nur dadurch erschwert, daß die Voruntersuchung immer noch ausschließlich auf die mangelhaften und zum Teil ganz falschen Angaben der Auslieferungsliste angewiesen ist.

Bei allen diesen politischen Prozessen zeigt es sich, daß durch ungenügende Unterlagen die Eröffnung des Hauptverfahrens noch nicht möglich gewesen ist.

Die Brigade Löwenfeld.

Gegenüber Meldungen von anderer Seite wird von Seiten des Reichswehrministeriums folgendes mitgeteilt: Die Brigade Löwenfeld hat sich in den Kämpfen im Ruhrgebiet durchaus bewährt und schwere Verluste erlitten. Es sind 32 Tote, 41 Schwerverwundete, 80 Leichtverwundete zu verzeichnen. Es trifft nicht zu, daß sie aus 4—5000 größtenteils aus Offizieren sich zusammensetzenden Truppen besteht. Seit dem 1. März zählt die ganze Reichsmarine überhaupt nur 1500 Offiziere, Zahlmeister, Ingenieure und Deckoffiziere. Nur diese 1500 erhalten Offiziersbesoldung. Die etwa zwei Kompagnien Offiziere der Brigade Löwenfeld erhalten nur denjenigen Sold, den der Einzelne oder der Mann beanspruchen darf. Von einer Schädigung des Reiches durch unbegründete Soldauszahlungen kann also keine Rede sein. Daß die Brigade eine Kerntruppe der Kapp-Regierung war, trifft auch nicht zu.

Die Maifeier.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat in der Nationalversammlung den Antrag eingebracht, wieder, wie im vorigen Jahr, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag festzusetzen. Sie hofft dabei auf die Unterstützung der Koalitionsparteien. Wie verlautet, ist es aber wahrscheinlich, daß dieser Antrag abgelehnt wird, da das Zentrum sich entschieden dagegen ausgesprochen hat und die Demokraten ebenfalls in ihrer Mehrheit nicht für den Antrag zu haben sind. Von den bürgerlichen Parteien wird hervorgehoben, daß die Maifeier eine sozialistische Veranstaltung ist. Im vorigen Jahre war sie auf Beschluß der Nationalversammlung als Kundgebung für den Weltfrieden gedacht. Das ist diesmal nicht der Fall. Für den Antrag werden daher nur die beiden sozialistischen Gruppen stimmen. Das Kabinett gerät dadurch in eine schwierige Lage, da die Sozialdemokraten in ihm nicht die Mehrheit haben und die sozialistische Partei schon zur Maifeier aufgefordert hat.

Scheidemann über die kommenden Wahlen.

Der Kölner Vertreter des Amsterdamer „Handelsblad" berichtet über eine Unterredung mit Scheidemann in Kassel:

Nach Scheidemanns Auffassung gehört ein Zusammenarbeiten der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen bei den Wahlen zu den Möglichkeiten. Beide Gruppen haben bei der Bekämpfung der Reaktion von rechts zu viel gemeinsame Interessen, um alle Sonderinteressen nicht hintansetzen zu können. Das bedeutet noch keineswegs eine Verschmelzung der Parteien durch die Wahlen. Die Voraussetzung für diese Zusammenarbeit wäre, daß die Unabhängigen ihr Chemnitzer Programm ändern. Scheidemann meint, daß das Zentrum Interesse daran zeigen müsse, gegen die Reaktion vorzugehen, um nicht allen Einfluß auf die Arbeiterschaft zu verlieren. Im allgemeinen könne angenommen werden, daß das Ergebnis der Wahlen eine gewisse Verschiebung nach links und nach rechts zur Folge haben werde.

Rechts und links in Bayern.

Zwischen dem bayrischen Ordnungsblock und dem etwas demokratischer gefärbten Bürgerrat ist es nach heftiger Fehde nun doch zu einer Einigung gekommen. Es wurde ausdrücklich anerkannt, daß nicht die Absicht bestehe, mit politischen Maßnahmen irgendeiner Art die Zuständigkeit des Landtages und seiner Parteien anzugreifen. Es wurde ein Zentral-Ausschuß gebildet, der auch über alle nicht gemeinsamen Aktionen verständigt werden muß.

Bessere Kartoffelversorgung im nächsten Erntejahr.

Die Verhandlungen über die Kartoffelversorgung im nächsten Jahre, die bereits seit geraumer Zeit der Deutsche Städtetag, die landwirtschaftlichen Organe und der Kartoffelhandel geführt haben, sind zu einem gewissen Abschluß gelangt. Landwirtschaft und Handel wollen es übernehmen, eine Kartoffelmenge, die größer ist als die von der bisherigen Kartoffelwirtschaft wirklich erfaßte Menge, im Wege einer Aufbringung zur Versorgung der Verbraucher sicherzustellen, während für die übrige Ernte freie Wirtschaft Platz greifen soll. Die Grundlage der Sicherstellung soll ein System von verschiedenen Verträgen bilden, dessen Träger die ländlichen Hauptgenossenschaften und der organisierte Kaufhandel seien, und as so ausgestaltet werden soll, daß auch eine wirkliche Sicherheit für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen begründet ist.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in seiner letzten Sitzung dem Plan grundsätzlich zugestimmt. Die weiteren entscheidenden Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium werden in allernächster Zeit vor sich gehen.

Einwohnerwehren in Frankreich.

Ueberall in Frankreich bilden sich jetzt Bürgerwehren, um am 1. Mai oder anderen Streikfällen einzuspringen, falls durch Streiks die lebenswichtigen Betriebe (Gas, Wasser und Post) bedroht werden sollten. Sie finden großen Zulauf von allen Klassen und tragen nach übereinstimmenden Meldungen aus verschiedenen Orten schon durch die Tatsache ihrer Begründung viel zur Stärkung des Bürgertums bei. Man hofft, daß diese Wehren eine dauernde Einrichtung bleiben.

Preußische Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung stand zunächst der Gesetzentwurf über

die Krüppelfürsorge

zur ersten Beratung.

Abg. Dr. Schmedding (Ztr.) äußerte Zweifel, ob die Landarmenverbände die ungeheure Belastung der ihnen nach der Vorlage auferlegten Verpflichtung, für Bewachung, Kur und Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Taubstummen, Blinden, Krüppel usw. in geeigneten Anstalten zu sorgen, tragen können. Die Zustimmung zu der Vorlage in der jetzigen Form müsse man sich daher überlegen.

Abg. Zimmer (Soz.) empfiehlt Beratung im Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Abg. Koch-Oberhausen erkennt an, daß noch finanzielle Bedenken beseitigt werden müssen und verlangt, daß auch mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge jetzt energischer vorgegangen würde.

Ministerialdirektor Bracht: Die Finanzlage erlaubt es nicht, daß wir unseren Wünschen bis zur Grenze nachgingen. Die Privatfürsorge für Krüppel wird durch dieses Gesetz in keiner Weise gehemmt.

Abg. Dr. Bölitz (D. Vpt.) stimmt den Grundgedanken des Gesetzes zu.

Der Entwurf geht nach einer weiteren Debatte an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Der Gesetzentwurf über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen wird in 1. Beratung auf Antrag Dr. Preuß (Dem.) an den Verfassungsausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung der Nachweisungen über die Höhe und die Verwendung der

Ueberschüsse der preußischen Viehhandelsverbände.

Abg. Springer (Ztr.): Die Ueberschüsse betragen nach der Aufstellung 110 Millionen Mark. Aber es fehlt der Nachweis, daß sie auch wirklich voll erfaßt sind. Ich beantrage Beratung in einem besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Abg. von der Osten (Dn.): Außer den 110 Millionen sind sicherlich viele weitere Millionen an Ueberschüssen vorhanden. Ob sie bestimmungsgemäß verwandt worden sind, ergibt sich aus der Nachweisung nicht. Der Minister verwendet diese Mittel ohne Fühlungnahme mit denjenigen, die sie aufgebracht haben. Das geht weit über seine Aufsichtsmacht hinaus. Ein anderer Weg wäre die Verbindung des Systems der Lieferungsverträge und des Umlageverfahrens. Wir empfehlen Beratung im Haushaltsausschuß.

Abg. Peters (Soz.): Ein wesentliches Mittel zum Wiederaufbau der Landwirtschaft wird in der Errichtung genossenschaftlicher Organisationen liegen.

Abg. Westermann (Dem.): Mit den Nahrungsmittelverteuerungsgesellschaften muß endgültig aufgeräumt werden.

Abg. Dr. Held (D. Vpt.): Die Anwesenheit eines Regierungsvertreters ist doch das Mindeste, was man verlangen kann, wenn man von der Regierung eine Nachweisung erhält, die den von uns aufgestellten Forderungen nicht entspricht (Sehr richtig!) Von den Ueberschüssen sind zur Beschaffung von Futtermitteln, die doch an erster Stelle stehen mußten, ganze fünf Millionen Mark ausgegeben worden.

Nach Kenntnisnahme von Rechnungen und Erledigung von Eingaben wird die Beratung auf Freitag vertagt: Anfragen, Anträge und Gesetzentwurf über Groß-Berlin.

32. Landtag der Provinz Sachsen.

9. Vollsitzung.

Der erste Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Cludius eröffnet die Sitzung und tritt sofort in die Tagesordnung ein.

1. Bericht des Haushaltsausschusses über die Bittschrift des Hauptvereins der Beamten und Angestellten der Provinz Sachsen auf Bewilligung eines Zuschlags von 300 Prozent (statt 150 Prozent) zu den staatlichen Teuerungszulagen. Der Berichterstatter Abg. Müller-Mühlhausen erklärt, daß der Haushaltsausschuß im Hinblick auf die schlechte Finanzlage auf dem Standpunkt stehe, daß die Zahlung mit Rückwirkung für die Zeit vor dem 1. April nicht angängig sei. Abg. Körlin (Dem.) bedauert diesen Entschluß des Haushaltsausschusses, und legt an Hand zahlenmäßiger Beispiele die Notwendigkeit einer sofortigen finanziellen Hilfe für die Beamtenschaft dar. Er weist darauf hin, daß bis auf zwei Provinzen alle ihren Beamten bereits Zuschüsse, die z. T. noch höher sind, gewährt haben. Er beantragt den Antrag des Haushaltsausschusses abzulehnen. Abg. Olfrich (U. S.) spricht sich im selben Sinne aus. Abg. Dornblüth (Dem.) erkennt die Forderung der Beamten ebenfalls als gerecht an. Wenn auch die Aussicht vorhanden ist, daß die Besoldungsreform Abhilfe schaffe, so müsse doch auch dem Rechnung getragen werden, daß in der Vergangenheit die Provinzialbeamten den Staatsbeamten keineswegs gleichgestellt gewesen seien. Sollte der Antrag der Beamten nicht in vollem Umfange angenommen werden, stellt der Redner den Antrag auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 1200 M. Abg. Bergmann (Soz.) erklärt, daß er von seiner Fraktion beauftragt sei gegen den Antrag zu stimmen. Auch hier werde die Not der Beamten anerkannt. Aber er bittet die Beamten, sich zu gedulden, bis die Besoldungskommission gearbeitet hat. Sie wird gründliche Arbeit leisten. Den Beamten wird nach dem Vorschlage der Haushaltskommission eine größere

Im Zuge der Not.

Roman von C. Dressel.

(Nachdruck verboten.)

54)

Solche Vorzüge konnten keinem Männerauge entgehen und ebenso mußte Vollrad ihren tadellosen Sitz, die leichte und sichere Hand, mit der sie ihre Vollblutstute im Zügel hielt, bemerken.

Aber diese wundervolle Gesamtheit entzückte ihn doch nur als ein anziehendes Sportbild, ihn nicht mehr oder weniger fesselnd als der Sport selber, dem er sich wohl in diesen wonnigen Stunden mit starkem Interesse hingab, um danach ohne jede Unruhe im Blut, jeden verwegenen Wunsch im Herzen ebenso ausschließlich seinen Berufspflichten zu folgen.

Zu einem längeren Morgenritt, den Jella sehr wünschte, konnte nur ein kontor- und schulfreier Tag genommen werden, also ein Sonntag, den sie sonst freilich im Hause zu verbringen pflegte, weil sie es nicht liebte, sich unter das Heer der Sonntagsausflügler zu mischen. Allein, die gute Witterung war zu lange andauernd, um fernere Beständigkeit erwarten zu lassen. Man mußte die schönen Tage nutzen, und sie hatte nun mal den Sinn auf solch einen frischen Morgenritt gesetzt. Brach man frühzeitig auf, war man zurück, ehe das Sonntagspublikum das Land bevölkerte und beherrschte. Und da sich die Tour, über Friedensburg und Podejuch, vielleicht gar bis Finkenwalde durch liebliche Odergegend erstrecken sollte, freute sich auch Vollrad auf diese Sonntagspartie.

Im Begriff seine Wohnung zu verlassen an diesem denkwürdigen Sonntagmorgen, begegnete ihm seine kleine Freundin, die Suse, und zwar schon im Festkleidchen.

„Schon ausgeschlafen, Suse? Das pflegt sonst länger bei dir zu dauern, wenn keine Schule ist, kleine Schlafratz. Meistens erscheinst du erst gegen elf in großer Toilette."

„Kann ich dafür, wenn ich nicht eher aufwache? Mutter sagt, Kinder brauchen Schlaf, und läßt uns in Gottes Namen Sonntags ausschlafen. Bloß die Kirche dürfen die Großen nicht versäumen."

„Nun, und heute? Da hast du wohl überhaupt nicht geschlafen, arme Maus?"

„Doch, prachtvoll. Und so schön geträumt. Aber dann gerade, als es am schönsten war, hat Mutti mich geweckt. Erst wollt' ich ein bißchen weinen, aber da hört' ich Mutti sagen: „Schnell auf, Suse, wir müssen uns tummeln. Ich möchte rasch einen Topfkuchen backen, Annelise kommt heut, eben hat sie geschrieben." Da war ich mit eins aus dem Bett, und nu muß ich rasch einholen gehen, ehe es neune ist. Ich war viel schneller fertig heut als Fini."

„Deine Schwester kommt?" Er jubelte es förmlich.

„Sie freuen sich auch, nich, Herr Klüven? Ja, nu wird's wieder fein. Heut nachmittag kommt sie und bleibt bis zum Abend, und dann erst geht sie zu Brügges. Herr Klüven, ich glaube, Sie können mit Kaffee trinken. Ich will es Mutter sagen."

„Daß du den Schnabel hältst. Ich meine, das ist sehr lieb von dir, Mausi, aber damit darfst du Mutter nicht kommen. Solch ein Wiedersehen feiert man am liebsten ganz unter sich."

„Denn verwahre ich Ihnen ein Stück Kuchen."

„Ihr werdet schon allein damit fertig werden."

„Och, ich nehm' mir gleich zwei und tu eins rasch beiseite," und sie sah ihn so opferfreudig an, als ob sie sagen wollte: „Selbst das tu ich für dich, denn sonst kann ich natürlich sehr gut zwei Stücke essen."

Dann, während sie neben ihm die Treppen hinabsprang, musterte sie sein Reitkostüm. „Sie wollen wieder ausreiten, Herr Klüven?"

„Wenn du nichts dagegen hast."

„Mit Harald? Kann er denn was?"

„Und ob. Das ist ein forscher kleiner Mann. Es ist wirklich ein Spaß, ihn auf seinem dicken kleinen Schimmelpony dahintraben zu sehen. Er hält sich wacker oben."

„Na, denn kann er doch mein Freund werden. Eigentlich wollte ich nicht wieder hin, aber wenn nu Annelise dabei ist, und wenn Sie meinen, daß er ein guter Junge ist — —"

„Ja, weißt du, bis in seine innersten Gedanken kenne ich ihn noch nicht, aber mir scheint, so nett wie ein gewisses kleines Mädel ist er am Ende. Deshalb also könntest du dich gern mit ihm befreunden."

Da hörte er einen abgründigen Seufzer neben sich. „Herr Klüven, Sie haben ihn gewiß lieber als uns, und — und — meinen Kuchen mögen Sie wohl auch nicht so gern."

„Habe ich euch nicht zuerst gekannt und gemocht? Was denkst du, Mädel, ich bin keine Wetterfahne."

„Vielleicht ein getreuer Ekkehard?" entgegnete sie rasch in glücklicher Erinnerung der rührend schönen Geschichte, die Fini ihr mal aus ihrem Weihnachtsbuch vorgelesen. „Ach, das wäre schön, das war ein sehr guter Mann. Ja, und der Kuchen? — —"

„Auf den rechne ich bestimmt, der soll mir ganz besonders schmecken, und ich möchte dir einen kleinen Tauschhandel vorschlagen."

„Weil Sie Kaufmann sind?"

„Mädel, frag' nicht soviel, da langte der Vormittag nicht, um dir zu antworten, und ich habe jetzt Eile. Also kurz und gut, ich habe auch welchen. Klopfe nur heut nachmittag, wenn ihr fertig seid mit eurer Kaffeefeier, bei mir an, ich werde wohl zu Hause sein."

„So bleibt's dabei," nickte sie würdevoll. „Adjo, Herr Klüven, und fallen Sie bloß nicht. In der Schule lernen wir: „Wer da stehe, der sehe, daß er nicht falle," aber man kann auch vom hohen Pferd fallen, nicht? und das ist noch schlimmer."

Damit verschwand Suse im nächsten Materialladen, während Vollrad lachend weiterging, das ganze Herz voll Jubel.

Annelise kam. Er würde sie sehen, heute noch. Gewiß, das würde er schon einzurichten wissen, ohne gerade als Störenfried in die erste stürmische Familienfreude zu fallen.

Daß Annelise in das Brüggesche Haus ging, hatte er inzwischen erfahren und nur insofern Gewicht darauf gelegt, als er nun nicht auszuziehen brauchte und trotzdem Gelegenheit finden würde, seine heimliche Liebe zu sehen, zu sprechen in dem Haus, das man auch ihm freundwillig geöffnet.

(Fortsetzung folg[t].)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200424-10/fragment/page=0005

Summe an Hand gegeben werden, die auf die spätere Besoldungsreform angerechnet werden soll. Man muß auch der Steuerkraft der arbeitenden Bevölkerung, die diese Summen (900 000 M.) aufbringen muß, gerecht werden. Abg. Bansi (Vgl. Vg.) schließt sich im allgemeinen den Ausführungen des Vorredners an. Er weist darauf hin, daß die Beamten und Angestellten des Reiches und der Gemeinden dann wesentlich schlechter stehen würden. Abg. Dornblüth wendet sich gegen eine Bemerkung des Abg. Bergmann, der die Stellungnahme der demokratischen Fraktion mit den kommenden Reichstagswahlen in Verbindung brachte. Er bittet in dem Antrag des Haushaltungsausschusses wenigstens zum Ausdruck zu bringen, daß bei der Rückforderung des zu gewährenden Vorschusses die größte Rücksicht walten soll. Er beantragt, dem Antrage des Haushaltsausschusses den Zusatz hinzuzufügen, daß über die Art der Anrechnung der vorschußweise gezahlten 300 Prozent der Besoldungsausschuß zu befinden habe. Abg. Wenscheck (U. S.) steht auf dem Standpunkte, daß die Beamten mit einem Gehalt von über 12 000 M. zu Gunsten der niedrig besoldeten leer ausgehen könnten. Abg. Körlin weist nochmals darauf hin, daß den Beamten an der Gewährung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe gelegen sei. Der Zuschlag von 300 Prozent wird mit Wirkung vom 1. April bewilligt mit dem vom Abg. Bergmann vorgeschlagenen Zusatz.

2. Abänderung der Besoldungsgrundsätze und des Besoldungsplanes vom 31. März 1919. Die Vorlage wird angenommen.

3. Beitritt zur Wohnungsfürsorgegesellschaft Sachsen.

Nachdem Abg. Walther-Erfurt ausführlich die Zwecke und Ziele der Gesellschaft besprochen hat, ergreift Abg. Stollberg (M. S.) das Wort. Er ist mit der Vorlage im Allgemeinen einverstanden, betont aber, daß die vom Staate gewährten zinslosen Darlehen nicht genügen um die Bautätigkeit zu beleben. Er bemängelt, daß trotz der Verminderung der Wehrmacht keine Kasernen zu Wohnungszwecken zur Verfügung gestellt werden würden, und auch die Teilung der großen Wohnungen nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben würde. Er legt eine Entschließung vor, die vom Reiche die Ergreifung durchgreifender Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot fordert. Abg. Wenscheck (U. S.) gibt die Schuld an dem ganzen Wohnungselend dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Seine Fraktion lehnt die Vorlage ab. Der einzige Weg zur Besserung sei die Sozialisierung. Anschließend ergreift noch Landesrat Roscher das Wort, der hervorhebt, daß entsprechende Gesellschaften in anderen Provinzen mit Vorteil gearbeitet hätten. Man will bürokratischen Zwang vermeiden. Kaufleute und Techniker übernehmen die Leitung, schon jetzt sind erfolgreiche Geschäfte angebahnt. Eine Erhöhung des Kapitals ist bereits eingetreten.

Abg. Baumgarte (U. S.) begründet nochmals ausführlich die ablehnende Haltung seiner Fraktion. Der Referent kommt in seinem Schlußwort auf den Antrag Stollberg zurück, die Teilung der großen Wohnungen energisch zu betreiben und entgegnet dem Abg. Wenscheck, der in der Sozialisierung das Allheilmittel sieht, daß der Hauptgrund der Teuerung die hohen Löhne seien. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen, auch der Antrag Stollberg, der von der Regierung nachdrückliche Maßnahmen zur Teilung der großen Wohnungen fordert, wird angenommen.

4. Bericht des Rechnungsausschusses über die Etatsüberschreitungen 1917 und 1918. Die größte Ueberschreitung hat das Kapitel der Fürsorge zu verzeichnen mit 429 000 M. infolge der zunehmenden Verwahrlosung, die eine Folge des Krieges; demgegenüber sind auch Mehreinnahmen und Minderausgaben an anderen Stellen zu verzeichnen, sodaß der Gesamtfehlbetrag nur 1 232 000 M. beträgt.

5. Wahl eines Landesrates wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gebracht.

6. Wahl von Mitgliedern des Wasserbeirats. Es sind Neuwahlen zu treffen für die vier 1914 gewählten Mitglieder sowie 4 Stellvertreter. Davon entfallen je 2 auf die Bürg. Vereinigung, einer auf die S. P. D. und einer auf die U. S. P. Abg. Boer spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die demokratische Fraktion ausgeschaltet worden sei. Gemäß seinem Vorschlage tritt anstelle des Stadtbaurats Langer Oberingenieur Milner-Halle.

7. Bericht des Angestelltenausschusses über die Einrichtung einer fortlaufenden Beaufsichtigung der Provinzialanstalten durch Organe des Provinziallandtages. Der Berichterst. Lehrer Klein (U. S.) weist darauf hin, daß die Aufgaben des Anstaltsausschusses unmöglich in der kurzen Zeit der Tagung erledigt werden konnten, daher sei die Gründung ständiger Kommissionen nötig zur Unterstützung des Provinzialausschusses. Er legte in längeren Ausführungen die mannigfaltigen Aufgaben dieser Kommissionen klar. Jedes Mitglied soll eine Karte ausgehändigt erhalten, die ihn berechtigt, die Anstalten zu besichtigen. Es sollen für jeden Regierungsbezirk eine Kommission von je 4 Mitgliedern gewählt werden, in denen alle Parteien gleichmäßig vertreten sind. Landeshauptmann Freiherr von Wilmowski empfiehlt die Aufgaben der Kommissionen näher zu umgrenzen. Abg. Freiherr v. Erffa hebt hervor, daß der Antrag nicht auf Mißtrauen gegen die Provinzialverwaltung begründet ist, sondern zweifellos dazu beitragen wird dasselbe im Keime zu ersticken. Der Antrag findet einstimmig Annahme. Die Wahl erfolgt anschließend.

8. Der Bericht des Ausschusses für Durchsicht der Geschäftsordnung auf sprachliche Reinigung wird vom Abg. Dr. Langenhagen erstattet. Die Geschäftsordnung findet in der vorgeschlagenen Form Annahme.

9. Errichtung einer Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Die Vorlage ist eine Folge der staatlichen Verordnung, die diese Fürsorge den Provinzialbehörden überträgt. Anschließend kommt eine Eingabe des Einheitsverbandes der Kriegsbeschädigten zur Besprechung, der eine Mitbeteiligung an der Verwaltung der Hauptfürsorgestelle fordert. Der Berichterst. Heine-Hötensleben beantragt, diese Eingabe dem Provinzialausschuß zur näheren Untersuchung zu übergeben. Abg. Stammer (U. S.), der selbst Kriegsbeschädigter ist, spricht seine Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Versorgungsbestimmungen aus. Er fordert, daß die Kriegsbeschädigten ähnlich wie die Militäranwärter behandelt und beschäftigt werden. Die Vorlage wird angenommen. Die Eingabe des Einheitsverbandes wird dem Provinzialausschuß überwiesen.

Die nächste (letzte) Sitzung wird auf Freitag früh ½9 Uhr festgesetzt.

Neue Verschlechterung der Wagengestellung in Mitteldeutschland

Die schlechte Wagengestellung im mitteldeutschen Revier ist seit Monaten Gegenstand begründeter Klagen gewesen. Unmittelbar vor Ausbruch des Kapp-Putsches hatten die Fehlziffern eine Höhe erreicht, daß man die Lage nur als verzweifelt bezeichnen konnte. Am 11. März wurden im Eisenbahndirektionsbezirk Halle 3280 Wagen gestellt und 6756 nicht gestellt. Nach Beendigung des Generalstreikes dauerten die Wirren im Ruhrrevier zunächst noch weiter fort. Die Folge davon war, daß sich die Belieferung Mitteldeutschlands mit Leerraum während dieser Zeit recht gut gestaltete, in dem Maße aber, wie die Ruhr wieder Wagen benötigte, stellte sich im mitteldeutschen Revier Mangel ein. In der Woche vom 5. bis zum 11. April hielt dieser sich im Eisenbahndirektionsbezirk Halle noch in den erträglichen Grenzen von 400 bis 700 Wagen. Vom 12. April ab kletterte die Fehlziffer dagegen beständig in die Höhe und hatte im Eisenbahndirektionsbezirk Halle am 16. schon wieder den Betrag von 2000 Wagen erreicht. Erkundigt man sich zum Vergleich nach den Fehlziffern der Ruhrreviers in diesen Tagen, so muß festgestellt werden, daß hier auch nicht der geringste Mangel vorlag. Es wurden am 14. d. Mts. beispielsweise 17 488 Wagen gestellt und 17 419 Wagen beladen zurückgeliefert, d. h. es fehlte hier kein einziger Wagen. Man kann also auch heute schon wieder die empörend ungerechtigte Belieferung der beiden Industriereviere mit Leermaterial beobachten, unter welcher Mitteldeutschland schon vor dem Streik zu leiden hatte. Dies muß unter allen Umständen anders werden! Wenn die Eisenbahnverwaltung schon nicht in der Lage ist, den bescheidenen Anforderungen unseres darniederliegenden Wirtschaftslebens gerecht zu werden, so soll sich die Minderbelieferung wenigstens auf die Anfordernden gleichmäßig verteilen. Eine unterschiedliche Behandlung wird von dem Benachteiligten stets als schreiende Ungerechtigkeit empfunden werden und deshalb seinen stürmischen Widerspruch auslösen.

Aus Stadt und Umgebung

Die Strafregister.

* Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das „Gesetz über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken". Danach wird über Strafen, die in das Strafregister eingetragen sind, nach Fristen von 5 bezw. 10 Jahren, die sich bei Jugendlichen noch verkürzen, falls es sich nicht um Verurteilungen zu Tod und Zuchthaus handelt, nur Gerichten, Staatsanwaltschaften sowie obersten Reichs- oder Landesbehörden Auskunft erteilt. Nach abermals 5 bezw. 10 Jahren, je nach der Höhe der erkannten Strafe, wird der Vermerk ganz gelöscht, und die Verurteilung gilt nichtmehr als Bestrafung in Sinn solcher Vorschriften, die für Vorbestrafte höheres Strafmaß androhen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt im März.

* Die Zahl der Erwerbslosen nahm dem Vormonat gegenüber im ganzen erheblich zu (Unterstützungsempfänger im Reg.-Bez. Magdeburg Ende März 3801 gegen 3366 im Vormonat, Reg.-Bez. Merseburg 299 gegen 377, Reg.-Bez. Erfurt ohne Suhl 901 gegen 790, Freistaat Anhalt 7 gegen 12). Auch die Zahl der mit Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeitskräfte (meist Erd- und Chausseearbeiten) vermehrten sich. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich durch den Generalstreik verschlechtert, da laufende Aufträge vielfach zurückgezogen wurden bezw. geplante Betriebserweiterungen verschoben werden mußten. Zu umfangreichen Entlassungen als Folge des Generalstreiks ist es nicht gekommen. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte im Halle-Weißenfelser Industriegebiet erst Ende des Monats, besonders spät im Braunkohlenbergbau. — Der Kohlenmangel machte sich auch im Monat besonders stark nach dem Generalstreik bemerkbar, zum Teil eine Folge der allgemeinen Bahnsperre.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit Wanderarbeitern war durch die politische Lage sehr gestört. Sowohl die Nachfrage der Arbeitgeber wie das Angebot von Arbeitskräften war unbefriedigend. Eine Besserung ist erst nach Klärung der politischen Lage zu erwarten. Hiesige Arbeiter waren dagegen genügend angeboten. Nur ledige Knechte und Mägde fehlten. — Im Kalibergbau war eine geringe Besserung dem Vormonat gegenüber infolge etwas günstigerer Kohlenversorgung zu beobachten. — Steinbrüche, keramische und Steinzeugindustrie litten unter Wagenmangel. Der chemischen Industrie fehlte es im allgemeinen an Arbeitskräften, zumal der überall herrschende Wohnungsmangel den Zuzug Auswärtiger hindert. In der Metallindustrie, die nach wie vor mit Aufträgen reichlich versehen ist, konnten Betriebseinstellungen wegen Koks- und Roheisenmangel noch vermieden werden. Auch in den meisten anderen Industrien verhinderte nur die mangelhafte Kohlen- und Rohstoffversorgung eine Belebung. — Sehr günstig war die Lage im Schneider- und Schuhmachergewerbe; auch im Baugewerbe war eine Besserung bemerkbar. Tischler und Stellmacher waren noch immer sehr stark verlangt. Weibliche Arbeitskräfte waren für die Industrie meist nur wenig angefordert, dagegen machte sich das Fehlen von Hauspersonal in ungewöhnlich hohem Maße bemerkbar. Das Angebot von Hausangestellten war gänzlich unzureichend.

Aus Provinz und Reich

Arbeitslosenkontrolle in Magdeburg.

† Magdeburg, 22. April. Zwischen dem Magdeburger Magistrat und dem Magdeburger Regierungspräsidenten ist es zu einem Konflikt gekommen. Die Arbeitslosenfürsorge ist von zahlreichen Erwerbslosen fortlaufend ausgebeutet worden, indem sie sich lohnenden Verdienst durch sog. Schwarzarbeit verschafften. Dies veranlaßte das städtische Arbeitsamt, auf Anregung des Regierungspräsidenten, eine Verfügung zu erlassen, wonach die Erwerbslosen außer vormittags, auch nachmittags zur Abstempelung ihres Ausweises erscheinen mußten. Daraufhin veranstalteten die Erwerbslosen einen Demonstrationszug zum Regierungspräsidenten. Dieser gab dem Drucke auch sofort nach und verordnete den Fortfall der Nachmittagskontrolle. Der Magistrat hat nunmehr in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, die letzte Verfügung des Regierungspräsidenten nicht anzuerkennen, die Doppelabstempelung sofort durchzuführen und sich beschwerdeführend an die Aufsichtsbehörde zu wenden.

Einbruch bei der Landesfettstelle.

† Dessau, 21. April. Nachts ist ein Einbruchdiebstahl in das Lager der Landesfettstelle verübt worden. Es wurden etwa 7 Zentner Margarine und zwei Kisten kondensierte Milch im Gesamtwerte von 21 000 Mark entwendet. Es gelang heute früh, den Täter (einen Arbeiter aus der Wasserwerkstr.) zu ermitteln und das Gestohlene der Landesfettstelle zurückzugeben. Die Lebensmittel waren in einem Hause an der Franzstraße versteckt.

Wieder ein unabhängiger Landrat.

† Bitterfeld, 22. April. Der bisherige Kreisdeputierte Franz Stammer (U. S. P.) wurde zum Landrat des Kreises Bitterfeld gewählt.

Unglücksfall.

† Gotha, 22. April. Auf entsetzliche Weise verlor die Familie Heyn im benachbarten Friemar ihre drei Söhne im Alter von 16—24 Jahren. Einer derselben hatte auf dem Felde eine 7,5 Zentimeter-Granate gefunden und mit nach Hause gebracht. Hier hantierten alle drei an dem Geschoß herum. Dabei kam dasselbe zur Entzündung, und die jungen Leute wurden sämtlich in Stücke gerissen. Die Granate dürfte bei den letzten Unruhen in Gotha als Blindgänger auf das betreffende Feld geraten sein.

Kettenhandel mit Wein.

† Neustadt a. H., 22. April. Die Verhaftung von zehn Weinkommissionären von Neustadt a. H. und Mußbach wegen Kettenhandels erregt in der Pfalz allgemeines Aufsehen. Oberländer Wein, der für 8000 Mark das Fuder von dem ersten Besitzer verkauft wurde, ging durch die Hände der zehn verhafteten Weinkommissionäre und wurde schließlich als Ungsteiner für 12 000 Mark das Fuder dem ersten Besitzer wiederverkauft, ohne daß er den Keller des ersten Verkäufers verlassen hatte. Dieser war daher sehr erstaunt, als er nach dem Abschluß des Kaufs erfuhr, daß der von ihm gekaufte angebliche Ungsteiner Wein als Oberländer Wein in seinem eigenen Keller liege.

Ein gefährliches Abenteuer.

† Uftrungen, 19. April. Ein gefährliches Abenteuer hatte hier im nahen Walde der Schmiedemeister Heimbuch. Er hatte gerade ein Wildschwein geschossen, als plötzlich in einer Entfernung von 70 Metern ein starker Wildeber auftauchte. Heimbuch verwundete das Tier durch einen Schuß. Der rasende Eber stürzte sich auf den Jäger und warf ihn zu Boden. Dennoch gelang es dem Schützen, durch einen Herzschuß den Angreifer tot niederzustrecken. Heimbuch hat nur Hautabschürfungen im Gesicht erlitten. Der Eber wog 190 Pfund, während das erste Wildschwein 110 Pfund wog.

Turnen, Spiel und Sport

Fußball. — Unseren hiesigen Fußballfreunden steht wiederum ein hoher Genuß in Aussicht. Der rührigen Arbeit unseres hiesigen V. f. L. ist es gelungen einen klassigen Gegner von Erfurt nach hier zu verpflichten. Folgender Artikel wird uns zur Veröffentlichung übersandt:

Eine Erfurter Liga-Mannschaft in Merseburg.

Die Erfurter Borussia wird am kommenden Sonntag auf dem Sportplatze in der Krautstraße zum Wettkampfe gegen die Ligamannschaft unseres V. f. L. antreten. — Infolge seiner sich stetig steigernden Leistungsfähigkeit ergehen an den hiesigen V. f. L. in jüngster Zeit in immer größerem Umfange Anforderungen zu Wettkämpfen von den namhaftesten Vereinen aus allen Teilen Deutschlands, ja sogar aus dem Auslande. So schweben z. Zt. Verhandlungen mit tonangebenden Mannschaften aus Berlin, Hannover, Leipzig, Magdeburg und Süddeutschland. Weiter liegt eine Einladung des Tepliter Fußballklubs, der gelegentlich seiner letzten Turnee durch Deutschland ja auch in Merseburg weilte, zu einem Spiele in Böhmen vor. Wenn die Bemühungen unseres V. f. L., führende süddeutsche Mannschaften nach Merseburg zu verpflichten und damit dem hiesigen Publikum das Fußballspiel in höchster Vollendung vorzuführen, bisher scheiterten, so liegt der Grund hierfür einzig und allein in den engen Grenzen, in die die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse den Verein trotz seiner unermüdlichen Arbeit und trotz seines hohen Aufschwunges und seiner 700köpfigen Mitgliederschar immer wieder hineinzwingen. Die Reise- und sonstigen Spesen, die den Besuchenden Vereinen zu ersetzen sind und die unter den heutigen Verkehrs- und Verpflegungsverhältnissen eine ganz enorme Höhe erreichen, bedeuten für unseren immerhin noch jungen V. f. L. in den meisten Fällen eine gar zu hohe finanzielle Belastung. Auch die Verpflichtung des Sportklubs Borussia-Erfurt für kommenden Sonntag stellt sehr hohe Anforderungen an die Kasse des Vereins, die in letzter Zeit infolge der durchgreifenden Renovierung des Vereinshauses und des Ausbaues der Turn-, Spiel- und Sportplätze ohnehin schon in ganz außergewöhnlichem Maße in Anspruch genommen worden ist. Um nun in seiner bisher sehr erfolgreichen und allseitig anerkannten Arbeit auf dem Gebiete der Jugendpflege fortfahren, sie weiter ausbauen und vorwärtskommen zu können auf dem Wege zu dem gesteckten hohen Ziele, sieht sich der Verein gezwungen, zur Deckung seiner namhaften Unkosten das bisher bei seinen Veranstaltungen für Zuschauer erhobene bescheidene Eintrittsgeld um ein Geringes zu erhöhen in der Annahme, hierbei auf das vollste Verständnis seitens des Publikums rechnen zu können. Den zahlreichen Mitgliedern des Vereins kann in Zukunft nur noch nach Ausweis durch die Mitgliedskarte gestattet werden.

Jugend-Städtespiel Halle — Merseburg. — Auch das gestrige Uebungsspiel zwischen zwei Auswahl-Jugendmannschaften der Merseburger Vereine konnte infolge der Ungunst der Witterung nicht zustande kommen. Es ist dies um so bedauerlicher, als nun der Jugendausschuß gezwungen ist, für das Städtespiel am Sonntag gegen Halle einfach die A-Mannschaft aufzustellen, die nun ohne ein einziges Mal zusammengespielt zu haben gegen die spielstarken Hallenser antreten muß. Zweifellos wird Merseburg, die schon nicht mit den rosigsten Aussichten auf Erfolg in den Kampf gehen, dadurch erheblich im Nachteil sein, trotzdem erwarten wir ein ehrenvolles Resultat. Merseburgs Jugendstädtemannschaft wird also in folgender Aufstellung spielen: Müller (V. C. Preußen); Dehne (V. f. L.), Michaelis (V. C. Pr.); Vollrath (V. V. Hohenzollern), Friedrich (V. V. Hohenz.), Bock (V. C. Pr.); Koch (V. C. Pr.), Stahl (V. V. Hohenz.), Ziegenhorn (V. f. L.), Schaffernicht (V. V. Hohenz.), Ulrich (V. f. L.). Die Hallenser entsenden folgende spielstarke Elf: Rummel (V. f. L.); Bernstein (V. f. L.), Henze (Favorit); Herzog (98), Zschüntzsch (V. f. L.), Blüher (Favorit); Gipper (Borussia), Brödel (98), Löser (98), Trinks (V. f. L.), Jakubeit (98).

Die Merseburger Elf wird im V. f. L.-Dreß, Halle in der Spielkleidung des Städtekreises spielen. Das Spiel beginnt am Sonntag vorm. ½11 Uhr im Augarten (V. f. L.-Sportplatz). Ein Eintrittsgeld deckt die Unkosten.

V. V. Germania tritt am Sonntag mit 3 Mannschaften an. Die ersten beiden fahren nach auswärts zu Verbandsspielen, und zwar die 1. Mannschaft gegen Ammendorf 1910 in Ammendorf um 3 Uhr; die 2. Mannsch. gegen Olympia II. Halle in Halle. Anfang ½5 Uhr. Die 3. Mannschaft spielt um 3 Uhr gegen Vorwärts-Kötschen auf dem Schützenhauspl.

Ambulatorium
für **Haut-, Geschlechts-, Beinleiden**
Facharzt:
Sanitätsrat **Dr. Kallmann**
HALLE A. S., Ranischestr. 12. geg. Waisenhaus.
Sprechstunden 10—1, 3—5. Sonntags 10—12 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200424-10/fragment/page=0006